



Schwerpunktthema: Demokratieerziehung im Kontext des neuen Gesamtkonzepts zur Politischen Bildung

Inhalt

Editorial	2
Grundsätzliches	3
Vortrag	8
Im Gespräch	12
Willkommen und Abschied	23

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser unserer ISB-Info,

am 29. Januar 2018 fand nach mehr als zehnjähriger Pause wieder ein ISB-Plenum statt. Die Anregung dazu kam aus dem Kreis unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und wurde von mir sehr gerne aufgegriffen. Die Idee erschien mir so wertvoll, dass sie als „Idee des Monats“ prämiert wurde. Diese Art der hausinternen Fortbildung ermöglichte es, über die Abteilungsgrenzen hinweg in einen Dialog zu treten. Der gemeinsame Austausch bot Einblick in die Arbeit von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Abteilungen und Fachressorts. Darüber hinaus gaben Experten aus der Wissenschaft und aus anderen Bildungsbereichen gewinnbringende Informationen fachlicher und fachdidaktischer Art. So setzte das ISB-Plenum Impulse, die über diesen Tag hinaus nachwirken sollen. Mein ausdrücklicher Wunsch ist es, miteinander im Gespräch zu bleiben und die in den fächer- und schulübergreifenden Dialogforen weiterentwickelten Kontakte zu vertiefen.

Als gemeinsames schulart- und fächerübergreifendes Thema bot sich in diesem Jahr allein schon aus Gründen der Aktualität die Politische Bildung an. Als sog. FÜZ (fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel) ist sie in den Lehrplänen aller Schularten verbindlich verankert. Damit liegt es in der Verantwortung aller bayerischen Lehrkräfte, diesen Auftrag mit Leben zu füllen.

Vor diesem Hintergrund ist auch das neue Gesamtkonzept Politische Bildung entstanden, das mit der KMBek vom 12. September 2017 in Kraft getreten ist. Es wurde im Auftrag des Staatsministeriums in abteilungsübergreifender Zusammenarbeit am ISB entwickelt und dient – gemäß unserem Auftrag – der Unterstützung aller Lehrerinnen und Lehrer bei ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit. Das Gesamtkonzept Politische Bildung bietet allen Schulleitungen und Lehrkräften einen verbindlichen Rahmen für die Umsetzung der Politischen Bildung an den Schulen. Dabei stellt es u. a. die wichtigsten didaktischen und methodischen Grundsätze Politischer Bildung dar und gibt konkrete Anregungen für ihre nachhaltige Umsetzung sowohl im Unterricht als auch im generellen Schulleben.

Weitere Unterstützung für die Demokratieerziehung liefert das ISB den Lehrkräften aktuell mit unterschiedlichsten Angeboten, z. B. mit dem SMV-Portal, mit dem sich gerade im Aufbau befindlichen Portal „Demokratielernen“ und den Materialien, die von den ISB-Arbeitskreisen der verschiedenen Schularten für das Lehrplaninformationssystem entwickelt werden. Unser Ziel als ISB muss es sein, den Schulen möglichst viele konkrete Beispiele für die Umsetzung Politischer Bildung in ihren jeweiligen Fächern und im Schulalltag zu liefern. Vor diesem Hintergrund sollte auch die Wanderausstellung „Verehrt, verfolgt, vergessen“ gesehen werden, die passend zu unserem Tagungsthema im ISB gezeigt wurde. Sie erinnert an Vereinsmitglieder des FC Bayern München, die zur Zeit des Nationalsozialismus verfolgt wurden.

Für dieses, aber auch für alle künftigen „ISB-Plena“ wünschen wir uns einen deutlichen Mehrwert für unser Haus.

Mit den besten Grüßen

Ihre
Dr. Karin E. Oechslein
Direktorin des ISB



EINFÜHRUNG INS ISB-PLENUM

Dr. Karin E. Oechslein



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute ist ein ganz besonderer Tag: Nach einer mehr als zehnjährigen Pause trifft sich das gesamte ISB erstmals wieder, um sich im Plenum gemeinsam einem Thema zu widmen. Die Idee zur heutigen Veranstaltung stammt aus Ihrem Kreis und wurde von den Abteilungsleitungen und mir sehr gerne aufgegriffen. Das hat ganz verschiedene Gründe: Zum einen eröffnet uns das Veranstaltungsformat des ISB-Plenums die Möglichkeit, unser hausinternes Fortbildungskonzept zu ergänzen. Noch intensiver als in den Montagsseminaren können wir uns heute über einen ganzen Tag hinweg mit einem besonders wichtigen, aktuellen Thema auseinandersetzen und es unter den verschiedensten Aspekten beleuchten. Zum anderen bietet dieses Format den entscheidenden Vorteil, dass wir uns Zeit nehmen können: Zeit für neue Impulse durch Vorträge externer Referenten sowie Zeit, auch unsere Expertise einzubringen und Fragen einer Umsetzung miteinander zu diskutieren. Dabei treten wir einen ganzen Tag lang in einen strukturierten abteilungs- und fächerübergreifenden Dialog und können uns zudem mit den Referenten und den Experten der Dialogforen austauschen.

Aus Gesprächen weiß ich, dass es manchem von Ihnen schwergefallen ist, sich den heutigen Tag für diese Veranstaltung zu reservieren. Gerade deshalb freue ich mich, dass Sie alle gekommen sind!

Für unser Plenum haben wir schon aus Gründen der Aktualität in diesem Jahr das schulart- und fächerübergreifende Thema „Politische Bildung“ gewählt. Besonders im Fokus steht dabei der Aspekt der Demokratieerziehung, denn er ist ein zentraler Bestandteil unseres Bildungs- und Erziehungsauftrags. Die Bayerische Verfassung verpflichtet alle Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler „im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen“.

Die besondere Verantwortung des ISB geht aber noch weit über diesen Verfassungsauftrag hinaus. Vor dem Hintergrund von sich stets verändernden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist es unsere Aufgabe, die Vorgaben der Bayerischen Verfassung in die Gegenwart zu übersetzen, neu zu interpretieren und die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen mit aller Kraft zu unterstützen. Diese Hilfe scheint nötiger denn je, wenn man die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen weltweit betrachtet. „Nach der Krise ist vor der Krise“, resümiert beispielsweise die FAZ 2017 in einem Rückblick auf die aktuellen Konflikte der Welt¹. Aber auch auf europäischer und auf nationaler Ebene zeigt sich, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist. Ich denke dabei z. B. an den Einzug rechtsextremer Kräfte in die europäischen Parlamente, überhaupt die zunehmende Stärkung der extremen Kräfte an den politischen Rändern, verbunden mit einer steigenden Gewaltbereitschaft.

Auch in der politischen Auseinandersetzung scheinen der Diskurs und die Sprache zunehmend zu verrohen. Ein kurzer Seitenblick auf die Gewinner für das sog. „Unwort des Jahres“, das von einer Jury aus Wissenschaftlern jährlich neu gewählt wird, kann diesen Eindruck bestätigen: Ausgewählt wurden in den letzten vier Jahren beispielsweise die Begriffe: Alternative Fakten (2017), Volksverräter (2016) und Lügenpresse (2014). Und im Vorwort des 2017 erschienen Büchleins „Wörterbuch des besorgten Bürgers“ heißt es: „Sprachanalyse ist keine Oberflächenpolitik, weil es nicht egal ist, wie man Dinge benennt. Sprache schafft Realität. Es ist nicht gleichgültig, ob man von Geflüchteten redet oder Menschen als „Flüchtlingslawine“ mit einer Naturkatastrophe gleichsetzt. [...] Der Kampf um die Wörter ist also nicht vom Kampf um die Dinge zu trennen, weil das Wort die (Be-)Deutung erschafft.“² Eine Facette der Politischen Bildung der Gegenwart ist deshalb immer auch die Auseinandersetzung mit Sprache und es liegt in unserer Verantwortung, die Schülerinnen und Schüler dafür zu sensibilisieren. Eine weitere Herausforderung für die Politische Bildung liegt in der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche. So treiben zum Beispiel Fake News, Social Bots und Trolle unbekümmert ihr Unwesen in den digitalen Medien. Oder blicken Sie auf den Bereich der Arbeitswelt 4.0; diese bietet zwar vielfältige Chancen, schürt aber gleichzeitig die Angst vor der Ersetzbarkeit des Menschen.

Unsere Aufgabe als Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung zeichnet sich damit deutlich ab: Wir müssen unseren Schulen sowie den Kolleginnen und Kollegen vor Ort adäquate Unterstützung bieten, sodass sie in allen Fächern und auf allen schulischen Ebenen politisch bildend tätig werden können. Das heutige ISB-Plenum soll daher ein erster Schritt in diese Richtung sein und Sie für diese Aufgabe fit machen. Das fächerübergreifende Bildungsziel Politische Bildung – mit seinen vielfältigen Schnittmengen zu den anderen FÜZ – muss sich in unseren Lehrplanaufgaben sowie in unseren zahlreichen Unterstützungs-

1 <http://www.faz.net/aktuell/politik/die-konflikte-der-welt-2017-nach-der-krise-ist-vor-der-krise-14600735.html>

2 Feustel, Robert/Grochol, Nancy/Prüwer, Tobias/Reif, Franziska (Hg.) (2016): Wörterbuch des besorgten Bürgers. Ventil Verlag, Mainz.

materialien widerspiegeln. Das Programm des Plenums möchte Sie daher nicht nur für unseren Auftrag sensibilisieren, sondern auch erste Impulse setzen, wie wir diesen praktisch in die Tat umsetzen können.

Für den Vormittag konnten wir zwei Referenten gewinnen, die uns einen theoretischen Überbau liefern. Herr Dr. Milbradt vom Deutschen Jugendinstitut in Halle wird uns in seinem Vortrag u. a. einen Überblick über Einstellungen und das Engagement Jugendlicher geben und uns für Chancen und Grenzen der Politischen Bildung sensibilisieren. Herr Prof. Dr. Gloe vom Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der LMU wird mit seinem Vortrag Impulse setzen, wie Politische Bildung im Unterricht aller Fächer umgesetzt werden kann. Lieber Herr Milbradt, lieber Herr Gloe, haben Sie vielen Dank für Ihre Zeit und Ihre Unterstützung. Den Nachmittag beginnen wir mit der Eröffnung der Ausstellung „Verehrt. Verfolgt. Vergessen: Opfer des Nationalsozialismus beim FC Bayern München“. Die Wanderausstellung, die uns vom FC Bayern zur Verfügung gestellt wurde, zeigt uns ebenfalls eine Facette der historisch-politischen Bildung mit einem engen regionalen Bezug. Herr Wittner, der Archivar des FC Bayern München, wird so freundlich sein, die Ausstellung mit ein paar einleitenden Worten zu eröffnen, wofür ich mich sehr bedanke. Die Ausstellung wird bis zu den Faschingsferien bei uns am ISB bleiben und steht Ihnen sowie interessierten Besuchern offen. Bitte nutzen Sie die Möglichkeit mit Ihren Arbeitskreismitgliedern durch die Ausstellung zu gehen und diese für unsere wichtige Aufgabe der Demokratieerziehung zu gewinnen.

Im Anschluss an die Ausstellungseröffnung beginnen die Dialogforen, für die wir verschiedenen Referentinnen und Referenten auch aus anderen Institutionen gewinnen konnten. Allen Referentinnen und Referenten sowie den Moderatorinnen und Moderatoren der Dialogforen danke ich an dieser Stelle ganz herzlich für Ihre Unterstützung. Ein Blick in das Tagungsjournal zeigt Ihnen, dass wir heute verschiedene Aspekte beleuchten werden, die nicht nur Facetten unserer Schwerpunktthemen aus dem Jahresprogramm abbilden, sondern v. a. wichtige Felder darstellen, in denen Demokratieerziehung an Schulen stattfinden muss. So stellt zum Beispiel die Schulentwicklung ein wichtiges Handlungsfeld dar, um Politische Bildung an Schulen ausreichend wirksam werden zu lassen. Auch die anderen Dialogforen wurden so gewählt, dass sie die Herausforderungen des schulischen Alltags abbilden. Zwei Foren werfen unter unterschiedlichen Blickwinkeln den Fokus auf die Bedeutung der Politischen Bildung in der Medienbildung bzw. digitalen Bildung. Drei weitere gehen auf die besonderen Herausforderungen ein, die sich für die Demokratieerziehung im Fremdsprachenunter-

richt, in den MINT-Fächern und in heterogenen Lerngruppen stellen. Auch der Aspekt der Extremismusprävention wird in einem der Foren beleuchtet. Und ein weiteres Forum führt exemplarisch eine Methode zur Reflexion über unsere Verfassungswerte vor.

Ich bin wirklich sehr gespannt, mit welchen Ergebnissen und Eindrücken Sie aus diesem Tag herausgehen werden. Bitte nutzen Sie die Evaluation, die in den nächsten Tagen erfolgen wird, um uns Ihr Feedback zu geben. Auf Ihren Plätzen haben Sie das Tagungsjournal gefunden. Sie finden in dieser Broschüre nicht nur das Programm sowie einen Überblick über das vielfältige Angebot des heutigen Tages, sondern immer auch Raum für Ihre eigenen Notizen und Anmerkungen. Damit soll Ihnen das Journal helfen, diesem Tag Nachhaltigkeit zu verleihen, indem Sie die Ergebnisse und Erfahrungen von heute in ihre tägliche Arbeit mitnehmen können. Ein weiteres Instrument zu Ihrer Unterstützung wird darüber hinaus die im Nachgang zur Veranstaltung erscheinende ISB-Info sein. Die Ergebnisse der einzelnen Dialogforen werden aber zunächst einmal in unser abschließendes Podiumsgespräch am Nachmittag einfließen. Gäste in dieser Runde werden Frau Prof. Dr. Münch, die Direktorin der Politischen Akademie in Tutzing, Herr MR Kammler als Vertreter des Kultusministeriums und Herr Dr. Parigger, der Direktor der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildung, sein, worüber ich mich sehr freue. Gemeinsam möchten wir auf der Basis der Erfahrungen dieses Tages darüber reflektieren, welche Zukunftsaufgabe die Politische Bildung für uns mit sich bringt.

Ich wünsche uns allen nun ein spannendes erstes ISB-Plenum: Lassen Sie dabei diesen Tag zu Ihrem Tag werden, indem Sie Ihre Anliegen zu dem Thema in den Dialog einbringen. Dieser besondere Tag ermöglicht es Ihnen nicht nur, sich mit diesem speziellen Thema auseinanderzusetzen und sich fortzubilden. Er bietet Ihnen auch die Möglichkeit über den Tellerrand hinauszuschauen – über den Tellerrand Ihrer Abteilung und somit auch Ihrer Schulart sowie Ihres Faches bzw. Referats. Ich ermuntere Sie, aufeinander zuzugehen, die Dialogphasen zum Austausch zu nutzen und ihre bisherige Zusammenarbeit zu vertiefen. Denn unser Institut ist etwas Besonderes, Tür an Tür sitzen wir zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aller Schularten und Fächerverbindungen. Damit haben wir so viel Expertise, die wir unbedingt nutzen sollten! Das abteilungsübergreifende Planungsteam hat diese Veranstaltung mit großem Engagement vorbereitet. Helfen Sie jetzt aktiv mit, damit dieser Tag auch zu einem persönlichen Gewinn für Sie wird! Ich wünsche uns allen, dass dieses heutige ISB-Plenum der Beginn einer erfolgreichen neuen Fortbildungsreihe wird!

NACHGEFRAGT

INTERVIEW DER REDAKTION DER VERBANDSZEITSCHRIFT „FORUM POLITIKUNTERRICHT“ MIT DR. KARIN E. OECHSLEIN ZUM NEUEN GESAMTKONZEPT POLITISCHE BILDUNG

Sehr geehrte Frau Dr. Oechslein, mit welcher Intention hat das Ministerium das ISB gerade jetzt beauftragt, das alte Gesamtkonzept aus dem Jahr 1991 zu überarbeiten?

Ich darf zunächst vorausschicken, dass die Stärkung der Politischen Bildung an den Schulen für mich persönlich einen sehr hohen Stellenwert hat. Als Direktorin des ISB freue ich mich, gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen verschiedener Projekte einen Beitrag dazu leisten zu können. Das von Ihnen gerade angesprochene „Gesamtkonzept“ ist in diesem Kontext zwar ein sehr wichtiger Baustein, aber trotzdem nur eine von verschiedenen Maßnahmen, mit denen wir im Auftrag des StMUK über einen längeren Zeitraum hinweg unterschiedlichste neue Impulse setzen, um die Politische Bildung an Schulen nachhaltig zu unterstützen.

Der Beginn dieser Aktivitäten liegt nun schon einige Jahre zurück und hängt mit der Entwicklung der neuen Lehrplangeneration LehrplanPLUS zusammen. Damit ist es uns erstmals gelungen, die Lehrpläne aller Schularten zeitgleich zu erstellen, aufeinander abzustimmen und somit aus einem Guss zu schmieden. Und in diesem Kontext konnten wir auch wichtige Bildungs- und Erziehungsziele, die uns z. T. ja schon von unserer Bayerischen Verfassung vorgegeben sind, an exponierter Stelle im Lehrplan strukturell neu verankern und darüber hinaus wie bisher weiter als verbindlich erklären. Neben der Politischen Bildung enthält der neue Lehrplan noch 14 weitere gesellschaftlich relevante fächerübergreifende Bildungsziele (FÜZ), von denen ein Großteil vielfältige Schnittmengen zur Politischen Bildung aufweist und somit ihr Konzept harmonisch ergänzt, z. B. Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung/Digitale Bildung, kulturelle und interkulturelle Bildung oder auch die Sprachliche Bildung.

Ich habe eingangs schon erwähnt, dass wir generell eher auf ein längerfristig wirkendes Gesamtpaket aus verschiedenen Maßnahmen setzen, um Neuerungen zu implementieren und unsere bayerischen Lehrkräfte bei der Umsetzung zu begleiten. Lassen Sie mich deshalb kurz einige konkrete Beispiele für unsere Aktivitäten im Bereich der Politischen Bildung nennen:

- ◆ die Erarbeitung von Materialien zum LehrplanPLUS, die im Lehrplaninformationssystem für alle Fächer, Schularten und das fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziel (FÜZ) Politische Bildung bereitgestellt werden,
- ◆ die Überarbeitung der Handreichung „Oberste Bildungsziele in Bayern“ zum Art. 131 BayVerf.,
- ◆ die Entwicklung des sehr erfolgreichen SMV-Portals, das gerade die Schülerinnen und Schüler bei der aktiven Mitgestaltung des schulischen Lebens praxisnah unterstützt,
- ◆ die Entwicklung eines Online-Portals zur Demokratiepädagogik, das auch dem veränderten medialen Kommunikationsverhalten von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern Rechnung trägt,

- ◆ die Erarbeitung von Unterstützungsangeboten zur Politischen Bildung/Wertebildung speziell für die Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler mit Fluchthintergrund im Rahmen eines hausinternen Runden Tisches.

Sie sehen also, dass unser Gesamtkonzept Teil einer längerfristig angelegten Strategie zur Unterstützung der Politischen Bildung darstellt, die bereits vor vielen Jahren begonnen wurde und auch jetzt noch nicht abgeschlossen ist. Gerade in einem so elementaren Bereich wie der Politischen Bildung mit ihren Möglichkeiten der Prävention ist aus unserer Sicht kein kurzfristiger Aktionismus, sondern stattdessen konzeptionelles Arbeiten gefragt.

Zuletzt sollte auch nicht vergessen werden, dass das neue Gesamtkonzept für Politische Bildung, wieder erschienen als Kultusministerielle Bekanntmachung, wichtige Impulse setzt, die weit über die schulische Politische Bildung hinausgehen. Es gilt z. B. auch außerschulischen Bildnern als eine Orientierungsmarke, an die angeknüpft wird – sowohl mit Angeboten, die die schulische Politische Bildung ergänzen, als auch mit Konzepten der Erwachsenenbildung, die auf ein lebenslanges Lernen abzielen.

Das bis 2016 gültige Gesamtkonzept, das beispielsweise auch unter dem Eindruck der Wiedervereinigung entstanden war, hatte viele Jahre lang seine Berechtigung. Komplexe Probleme und Herausforderungen unserer Zeit wie Globalisierung, Klimawandel, Krise der EU, globale Fluchtbewegungen, demografische Entwicklungen, Politikverdrossenheit und extremistische Strömungen verlangen jedoch nach neuen Antworten und deshalb war es nur folgerichtig, mit der Überarbeitung des Gesamtkonzepts auch neue Schwerpunkte zu setzen.

Worin sehen Sie selbst die Stärken, worin vielleicht auch die Schwächen des neuen Gesamtkonzepts?

Wesentliche Stärken des Gesamtkonzepts sehe ich zum einen in seiner Struktur mit einem sehr übersichtlichen Aufbau. Damit wird es den Lehrkräften und Schulleitungen ermöglicht, schnell einen Zugang zu den entsprechenden und sehr praxisnah gestalteten Themen zu finden. Inhaltlich sehe ich eine wesentliche Stärke darin, dass es uns gelungen ist, auf wichtige gesellschaftspolitische Herausforderungen zu reagieren und einen Rahmen zu schaffen, mit dem die Schulen und die Kolleginnen und Kollegen arbeiten können. So ist es uns gelungen, deutlich herauszustellen, dass Politische Bildung das Anliegen der gesamten Schule und somit auch Bestandteil der Schulentwicklung sein muss. Im Gesamtkonzept wird deutlich hervorgehoben, dass Politische Bildung in der Schule einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt, denn sie ist als fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel Unterrichtsprinzip in allen Fächern – und die Betonung liegt hierbei auf „allen“!

Ferner ist Politische Bildung als selbstständiger Unterrichtsgegenstand insbesondere in den Leitfächern der Politischen Bildung verankert und wird in den Einrichtungen zur Mitgestaltung des schulischen Lebens wirksam. Auch sehe ich einen wesentlichen Vorteil des Gesamtkonzepts darin, dass hier zentrale didaktische Prinzipien und Methoden der Politischen Bildung akzentuiert und insbesondere fachfremden Lehrkräften kurz erläutert werden. So ebnet das Gesamtkonzept den Weg für wichtige Qualitätsstandards in der Politischen Bildung an bayerischen Schulen.

Und um Ihre Frage nach den Schwächen nicht unbeantwortet zu lassen, verweise ich darauf, dass das Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen zwar als Kultusministerielle Bekanntmachung die gleiche Verbindlichkeit wie die Lehrpläne besitzt, aber dennoch erst einmal umgesetzt und mit Leben erfüllt werden muss. Hier vertraue ich auf unsere Schulen und die Zusammenarbeit von Schulleitungen, Lehrkräften, aber auch Eltern und Schülerinnen und Schülern vor Ort, um Demokratieerziehung und Politische Bildung gelingen zu lassen. Das erfordert neben dem nötigen Engagement und einer Kultur der Verständigung sicher manchmal auch etwas Mut.

Was unternimmt das ISB, damit das neue Gesamtkonzept auch tatsächlich dazu führt, dass Politische Bildung als fächerübergreifendes Prinzip in allen Fächern zur Anwendung kommt?

Wie schon erwähnt, ist mir das Anliegen der Politischen Bildung besonders wichtig, weshalb ich es auch gemeinsam mit meinem Leitungsteam zu einem unserer Schwerpunktthemen im Jahresprogramm erhoben habe. Auch suche ich den regelmäßigen Austausch mit der Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing und dem Direktor der Bayerischen Landeszentrale für die politische Bildungsarbeit sowie weiteren Vertretern aus dem Bereich der außerschulischen Bildung. Wir haben außerdem erst kürzlich (Ende Januar) im Rahmen eines ISB-Plenums eine ganztägige institutsinterne Fortbildung zu dem Thema „Demokratieerziehung im Rahmen des Gesamtkonzepts für

Politische Bildung“ abgehalten. Diese Fortbildung hatte u. a. zum Ziel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses für das Anliegen der Politischen Bildung zu sensibilisieren, sodass sie in ihrer zukünftigen Arbeit die Politische Bildung berücksichtigen. Ich denke hier z. B. an die Einbeziehung politisch bildender Methoden und Inhalte in die Entwicklung von Lernaufgaben und weiterer Unterstützungsmaterialien für die Schulen.

Was erwartet die Lehrerinnen und Lehrer im begleitenden Internetportal, wenn es freigeschaltet wird?

Das Internetportal „www.demokratielernen.bayern.de“, das mit Beginn des Schuljahres 2018/19 an den Start gehen soll, versteht sich als praktische Ergänzung zum Gesamtkonzept. Es soll eine Unterstützungsplattform darstellen, die Schulleitungen und Lehrkräften aller Schularten und Fächer Anregungen sowie Tipps gibt, Demokratieerziehung und Politische Bildung an ihren Schulen sowie in ihren Fächern umzusetzen. Das Portal wird voraussichtlich aus fünf thematischen Schwerpunkten bestehen, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: „Schulkultur und Schulentwicklung“, „Demokratielernen im Unterricht“, „Fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziele“, „Relevante Lernorte für die Politische Bildung“ und einem umfassenden Serviceteil. Die im Gesamtkonzept enthaltenen Unterthemen werden sich in den eben genannten Hauptpunkten wiederfinden. Neben Unterrichts- und Projektvorschlägen wird das Portal eine Vielzahl an Links auf Angebote außerschulischer Kooperationspartner bereitstellen. Ziel ist es, den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen ein umfassendes Tool zur Verfügung zu stellen, das ihnen den Weg zu den vielfältigen Angeboten auf dem Markt der Politischen Bildung erleichtert. Das Portal versteht sich dabei – ganz demokratisch – als Mitmachportal. Das bedeutet, dass Vorschläge z. B. zu guten Praktiken von außen jederzeit eingereicht und somit im Portal vorgestellt werden können. Wenn gute Ideen und Projekte sowie Unterrichtsbeispiele geteilt werden, können wir nach und nach die Politische Bildung und die Demokratieerziehung an den Schulen noch wirksamer machen.

POLITISCHE BILDUNG BRAUCHT BEGEISTERUNG

ANSÄTZE POLITISCHER BILDUNG FÜR DAS GESAMTKONZEPT POLITISCHE BILDUNG AN BAYERISCHEN SCHULEN

Prof. Dr. Markus Gloe (LMU München)

Das neue Gesamtkonzept für Politische Bildung an bayerischen Schulen



Mit dem neuen Gesamtkonzept für Politische Bildung an bayerischen Schulen wird ein weiteres Mal ein KMK-Beschluss aus dem Jahr 1950 umgesetzt. In diesem Beschluss heißt es „1. Die politische Bildung erstrebt auf der Grundlage sachlichen Wissens die Weckung des Willens zum politischen Denken und Handeln. In der Jugend soll das Bewusstsein erwachsen, dass das politische Verhalten ein

Teil der geistigen und sittlichen Gesamthaltung des Menschen darstellt. 2. In diesem Sinne ist politische Bildung ein *Unterrichtsprinzip für alle Fächer und für alle Schularten. Jedes Fach und jede Schulart haben darum nach ihrer Eigenart und Möglichkeit zur politischen Bildung beizutragen* [Hervorhebung durch den Verf.]. Eine besondere Verantwortung trägt der Geschichtsunterricht, [...] 3. Politische Bildung erfordert Kenntnis der wichtigsten Tatsachen, Formen und Zusammenhänge des gesellschaftlichen, staatlichen und überstaatlichen Lebens. Es wird empfohlen, zur Vermittlung dieses Stoffwissens und zur Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen, soweit dies nicht in anderen Unterrichtsfächern möglich ist, vom 7. Schuljahr ab Unterricht in besonderen Fachstunden zu erteilen.“ (KMK-Beschluss vom 15.06.1950).

Im Vergleich zum Unterrichtsprinzip bleibt die Empfehlung der KMK zum eigenständigen Fach relativ schwach und begnügt sich mit einer Empfehlung – allerdings ab Klasse 7. Viel wichtiger ist jedoch, dass der KMK-Beschluss auch deutlich macht, dass Politische Bildung als Unterrichtsprinzip nicht gegen Politische Bildung als Unterrichtsfach ausgespielt oder aufgerechnet werden darf. Es gelingt leider immer wieder die fachliche Präsenz der Politischen Bildung in der Schule mit dem Hinweis auf das fächerübergreifende Prinzip Politische Bildung kleinzuhalten. Wir brauchen beides, und zwar in ausreichendem zeitlichen Umfang.

Das neue Gesamtkonzept konkretisiert im Rang einer verbindlichen Kultusministeriellen Bekanntmachung das im neuen LehrplanPLUS in allen Schularten verankerte verbindliche fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziel „Politische Bildung“. Schon in der Bayerischen Verfassung in Artikel 131 hat die Schule für die Politische Bildung einen zentralen Stellenwert und erhebt sie zum Verfassungsauftrag. Ziel Politischer Bildung ist es, die Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen, die sich aktiv am politischen Leben und der

Gestaltung der Gesellschaft beteiligen können. Dazu müssten, so das neue Gesamtkonzept, die Schülerinnen und Schüler im Verlaufe ihrer Schulzeit verschiedene Kompetenzen zur Demokratiefähigkeit erwerben (ISB 2017, 9). Das neue Gesamtkonzept betont dabei die unterschiedlichen Dimensionen Politischer Bildung in der Schule: „Politische Bildung in der Schule verfolgt deshalb einen ganzheitlichen Ansatz und ermöglicht bewusst auch unterschiedliche Zugänge. Sie ist

- ◆ als fächerübergreifendes Bildungs- und Erziehungsziel „Politische Bildung“ Unterrichtsprinzip in allen Fächern [...].
- ◆ als selbstständiger Unterrichtsgegenstand insbesondere in den Leitfächern der Politischen Bildung fest in den Lehrplänen verankert [...].
- ◆ im Rahmen von Einrichtungen zur Mitgestaltung des schulischen Lebens wirksam (gemäß Art. 62-73 BayEUG, [...]).“ (ebd., 12).

Aber wie kann das auf den unterschiedlichen Ebenen aussehen?

Politische Bildung im Modell der konzentrischen Kreise

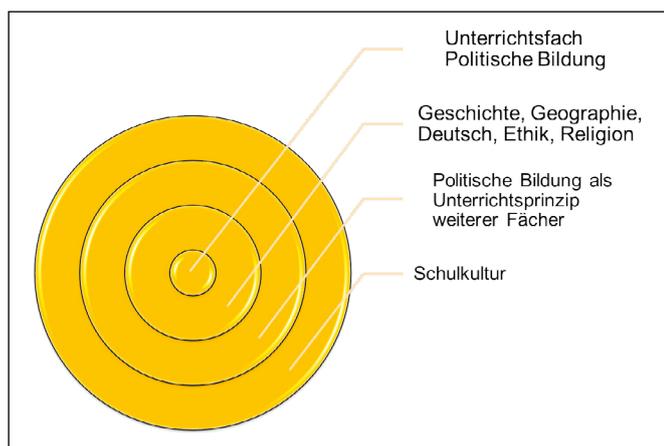
Wolfgang Sander entwickelte das Modell der konzentrischen Kreise, in denen sich Politische Bildung in der Schule realisieren lässt (Sander 2014). Den äußeren Ring bildet die Schulkultur durch ein breites und vor allem gelebtes Maß an Schülerpartizipation, zum Beispiel durch eine aktive, von der Schulleitung geförderte Arbeit der SMV, die sich nicht nur auf die Organisation des jährlichen Schulfestes beschränkt, sondern durch Arbeitskreise allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zur Mitarbeit eröffnet. Für eine aktive SMV-Arbeit müssen die Klassensprecherwahlen ernst genommen und möglichst direkte Schülersprecherwahlen an allen Schulen durchgeführt werden. Diese Wahlen müssen als Lernanlass für demokratische Beteiligungsprozesse genutzt werden. Leider sieht die Realität in den Schulen heute häufig immer noch ganz anders aus. Deshalb sollte ein entsprechendes Unterrichtsmodul „Mitbestimmung an der Schule“, das spiralcurricular in allen Jahrgangsstufen in allen Schularten zu Beginn des Schuljahres durchgeführt wird, entwickelt werden.

Auch Streitschlichterprogramme, Stufenkonferenzen und Schulparlamente und die Vertretung der Schülerinnen und Schüler im Schulforum können ihren Beitrag leisten. Dafür wird es künftig durch das Projekt „*aula* – Schule gemeinsam gestalten“ eine interaktive Unterstützung geben (<http://aula-blog.website>). Dieses Beteiligungskonzept ermöglicht Schülerinnen und Schülern eine aktive Mitbestimmung im Schulalltag über eine Online-Plattform. Durch entsprechende didaktische Begleitung fördert das Tool demokratische Praktiken und Kompetenzen. Schülerinnen und Schüler lernen durch ihr Engagement, dass sie ihren Lebensraum

Schule gestalten und verändern können, und identifizieren sich stärker mit der Schule und den darin geltenden Regeln.

Auch ein demokratischer Unterrichtsstil der Lehrerinnen und Lehrer gehört zu einer entsprechenden demokratischen Schulkultur. Dazu zählen (1) ein Unterrichten ohne Bloßstellen, Vorführen, Ausgrenzen und Diskriminieren, (2) Rückmeldungen, die die Leistungen der Schülerinnen und Schüler anerkennen und dennoch nichts beschönigen, (3) die Etablierung einer wechselseitigen Feedbackkultur im Unterricht, (4) die Ermöglichung alternativer Formen der Leistungsmessung und -rückmeldung sowie (5) das Einüben professioneller Selbstwahrnehmung und Selbstreflexion.

Gerade durch die Diskussion um die Umsetzung von Inklusion an Regelschulen müsste eine demokratische Schulkultur beflügelt werden. Denn stellt man die Merkmalskataloge demokratischer Schulen und den Index für Inklusion gegenüber, wird deutlich, dass es in den Bereichen Schulkultur und in Planung und Durchführung von Unterricht deutliche Parallelen zwischen beiden Merkmalskatalogen gibt (vgl. Gloe/Miller 2018 i. E.).



Eigene modifizierte Darstellung in Anlehnung an Sander 2014

Den Kern der konzentrischen Kreise im Modell von Sander bildet das jeweilige Fach der Politischen Bildung. In Bayern trägt das Fach in einigen Schularten noch den Namen Sozialkunde. Zwischen das entsprechende Fach und die Schulkultur hat Sander zwei Ringe gesetzt. Einen mit Fächern, die per se eine größere Verbindung zur Politischen Bildung aufweisen, und einen mit den anderen Schulfächern. Anders als Sander, der im inneren Ring nur Geschichte und Geographie sieht, und anders als das neue Gesamtkonzept, das neben Geschichte und Geographie noch Wirtschaft und Recht als Leitfach der Politischen Bildung sieht, gehören aus meiner Perspektive ebenso Deutsch, Ethik und Religion sowie Musik und Kunst zum inneren Ring (vgl. zu Musik beispielsweise Gloe/Kuhn/Oeftering 2014). Deutsch muss im Hinblick auf die Bedeutung von Sprache und Kommunikation im Rahmen politischer Prozesse zum inneren Ring dazugerechnet werden, Ethik und Religion im Hinblick auf die Bedeutung von Wertebildung in allen diesen Fächern, Musik und Kunst, weil sie Formen politischer Äußerungen zum Gegenstand haben, die einen anderen Zugang zum Politischen ermöglichen. Den zweiten äußeren Ring bilden dann alle anderen Fächer. Aber auch in ihnen kann Politische Bildung erfolgen. Vor allem vor dem Hintergrund der geringen Ausstattung der Sozialkunde in

der Studentafel, aber auch um unpolitische Politische Bildung zu vermeiden, bietet sich ein fächerübergreifender Unterricht an. In ihrer Studie warnt Beatrice Ziegler davor, dass „ein fächerübergreifender Unterricht, der von einer Lehrperson gestaltet wird, die über eine professionelle Fachlichkeit nur in einem der jeweils involvierten Fächer verfügt, [...] über bereits vorhandene Alltagseinsichten kaum hinausführen [wird]“ (Ziegler 2017, 42). Dies spricht dafür, dass im Sinne Langes nicht ein Integrations- (intradisziplinär, fächerüberschreitend) oder ein Korrelationsmodell (interdisziplinär, fächerkoordinierend), sondern das Kooperationsmodell (multidisziplinär, fächerverknüpfend) Anwendung findet (Lange 2004, 324) und der Lehrende im Fach Sozialkunde federführend dabei ist. Dazu muss aber eine regelmäßige Kommunikation zwischen den einzelnen Fachschaften in der Schule stattfinden. Kerstin Gebauer hält dazu fest, dass „häufig [...] die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Fachschaften eben doch nur deshalb ungenutzt [bleiben], weil aufgrund der Fachfremdheit von Kollegen die Fülle der Vernetzungsvarianten gar nicht überblickt wird/nicht bewusst ist“ (Gebauer 2014, 140). So ergänzen sich beispielsweise die angestrebten Kompetenzen in den Fächern Mathematik und Sozialkunde vielfältig. So kann die politische Urteilskompetenz durch Rückgriffe auf mathemathikalte Modelle gefördert werden. Oder die mathematischen Überlegungen im Rahmen des Gefangenendilemmas finden ihren Niederschlag bei der Erörterung des Sicherheitsdilemmas der internationalen Politik (z. B. Langner/Sobotka 2014). Aber auch im naturwissenschaftlichen Unterricht lassen sich bei Themen wie Lebensmittelskandale, Bio-Produkte, Ausbau regenerativer Energien, Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln oder Bio-Kraftstoffe große Schnittmengen zum Politikunterricht für einen fächerverknüpfenden Unterricht finden (z. B. Weber/Koch 2014).

Der Ansatz Lernen durch Engagement

Neben fächerverknüpfendem Unterricht, an dem Sozialkunde beteiligt ist, gibt es aber auch Möglichkeiten in den Fächern selbst einen Beitrag zur Politischen Bildung zu leisten. Lernen durch Engagement (LdE) ist eine Methode, die fachliches Lernen im Unterricht mit gesellschaftlichem Engagement von Schülerinnen und Schülern verbindet. Lernen durch Engagement ist aber nichts Neues. Aus den USA kam die Methode unter dem Namen Service Learning bereits in den 1990er Jahren in den deutschsprachigen Raum, fristet jedoch bis heute eher ein Schattendasein. Dabei ist Lernen durch Engagement für alle Schulformen, Altersstufen und Unterrichtsfächer gut geeignet. Es gibt zahlreiche Beispiele für gelungene Lernen-durch-Engagement-Projekte (Seifert/ Zentner/ Nagy 2012). So behandeln die Schülerinnen und Schüler einer Oberstufenklasse beispielsweise im Sozialkundeunterricht Stadtteilplanung und Kinderrechte sowie in Informatik Fragebogenerstellung und -auswertung sowie Online-Befragungen UND organisieren für das Bezirksamt eine Umfrage zu den Wünschen von Jugendlichen im Hinblick auf die Nutzung von Freiflächen in ihrem Stadtteil. Oder die Schülerinnen und Schüler einer 3. Klasse befassen sich im Heimat- und Sachunterricht mit Pflanzen, Boden und Wasser und sprechen über den Zusammenhang von Ernährung und Gesundheit von Kindern weltweit UND erneuern mit den Kindern und Eltern des örtlichen Kindergartens dessen Garten, denn die Kinder dort wünschen sich einen eigenen Garten zum Gestalten und zum Anbau von Gemüse.

Dabei ist noch einmal wichtig zu betonen, dass nicht jedes Engagement von Schülerinnen und Schülern mit Lernen durch Engagement gleichzusetzen ist. Lernen-durch-Engagement-Projekte orientieren sich an sechs Standards: (1) Lernen durch Engagement ist Teil des Unterrichts und Engagement wird mit Unterrichtsinhalten verknüpft (curriculare Anbindung), (2) das Engagement der Schülerinnen und Schüler reagiert auf einen realen Bedarf, (3) es finden regelmäßige und bewusst geplante Reflexionsphasen statt, (4) die Schülerinnen und Schüler partizipieren bei Planung, Vorbereitung und Ausgestaltung des Engagements, (5) das praktische Engagement liegt außerhalb der Schule in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und (6) ein Lernen-durch-Engagement-Projekt endet mit einer würdigenden Anerkennung.

Die empirischen Studien zur Wirkung von Lernen-durch-Engagement-Projekten an Schulen im deutschsprachigen Raum sind eher rar. In der Regel finden sich Handreichungen und Dokumentationen (exemplarisch Seifert/Zentner/Nagy 2012). Der Rückgriff auf die primär US-geprägte Forschung, in der die Methode schon deutlich länger zum Einsatz kommt und stärker verankert ist, ist nicht einfach eins zu eins auf das deutsche Bildungssystem zu übertragen. Trotzdem liefert die US-Forschung erste Anhaltspunkte zur Demokratieförderung durch Lernen-durch-Engagement-Projekte.

Seifert und Nagy fassen den Forschungsstand hinsichtlich der Förderung von Demokratiekompetenzen so zusammen, dass Lernen durch Engagement die soziale Kompetenz, das soziale Verantwortungsbewusstsein, die moralische Entwicklung, das Selbstwertgefühl, die Kommunikationsfähigkeit und die Selbstwirksamkeit der Schülerinnen und Schüler steigere. Auch belegten internationale Studien, dass die Überzeugung, durch eigenes Handeln zu wichtigen gesellschaftlichen Veränderungen beitragen zu können, zunimmt, die aktive gesellschafts-politische Partizipation von Schülerinnen und Schülern mit Lernen-durch-Engagement-Erfahrungen auf lange Sicht höher ist als die der Kontrollgruppe und die eigene Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen als wichtiger bewertet wurde. Letztlich weisen Studien auch einen Wissenszuwachs über Regierung, Staat und Zivilgesellschaft und um gesellschaftliche Erfordernisse und Bedarfe durch gut geplante Lernen-durch-Engagement-Projekte nach (Seifert/Nagy 2014, 5).

Der Ansatz des Philosophierens mit Kindern und Jugendlichen

Neben Lernen durch Engagement kann Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen in allen Fächern eingesetzt werden und damit einen Beitrag zur Politischen Bildung leisten. Nach Theodor W. Adorno ist ernsthaftes Philosophieren der Versuch, „dem die Treue zu halten, was man eigentlich einmal sehr genau gesehen hat“ (Adorno o. J., 141). Adorno führt weiter aus: „ich glaube, dass [...] wir eigentlich als Kinder alle Philosophen sind und dass uns in der Tat durch unsere offizielle Bildung [...] die Philosophie eigentlich ausgeprägt wird“ (ebd., 141 f.). Beim Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen beschäftigt man sich mit wichtigen Sinnfragen menschlicher Existenz. Der Prozess des Philosophierens reicht vom Staunen über das Nachdenken, das Zweifel, das Weiterdenken bis hin zum Infragestellen (vgl. Brüning 2001, 9). Dabei geht es nicht um dieselbe

Valenz des kindlichen Fragens wie dessen der Erwachsenen. So weisen Wenzel u. a. darauf hin, dass „Die Eigen-Art des Kind-Seins [...] gerade auch in der Andersartigkeit des Fragens [besteht], das weniger die Kinder als die Erwachsenen animiert weiterzudenken.“ (Koppers-Kupzog u. a. 1988, 469) Im Mittelpunkt steht der Prozess des eigenen Denkens. Die Nachdenklichkeit als individuelle Haltung sowie die Entwicklung von Gesprächsfähigkeit und Gesprächskultur sollen gefördert werden.

Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen kann mittlerweile auf eine lange Tradition zurückblicken. Erste Ansätze finden sich schon in der Reformpädagogik (z. B. Berthold Otto, Leonard Nelson, Hermann Nohl). Stärker verbreitet sich das Philosophieren mit Kindern seit den 1970er Jahren. Als „Pionier“ der neueren Ansätze eines Philosophierens für Kinder gilt der Amerikaner Matthew Lipman. Auf Lipmans Initiative geht es zurück, dass flächendeckend in den USA in allen allgemeinbildenden Schulen das Fach „philosophy for children“ eingeführt wurde (vgl. Daurer 1999, 27). „Ein Unterricht in Philosophie erst auf dem College [...] kommt für Lipman zu spät, um noch nachhaltigen Einfluss auf die Denkgewohnheiten und die kritische Urteilsfähigkeit der Jugendlichen nehmen zu können.“ (Freese 2002, 109)

Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen will dazu befähigen, eine demokratische Gesellschaft zu konstruieren und in Verantwortung für die Zukunft zu handeln. Michalik schreibt dazu: „Durch die Beschäftigung mit offenen Fragen, auf die es keine eindeutige Antworten gibt, erwerben die Kinder grundlegende Kompetenzen für das Leben in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft, in der Werte und Orientierungen immer wieder neu ausgehandelt werden müssen“ (Michalik 2015, 430). So kann das Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen in allen Fächern einen Beitrag zur Politischen Bildung leisten.

Es lassen sich insgesamt zwei Richtungen unterscheiden, wie Philosophieren mit Kindern und Demokratie in Verbindung gesetzt werden: „bei der ersten geht es um die Verbindung von Rationalität bzw. logischem Denken und demokratischem Leben, bei der anderen wird die Community of Inquiry, [so wird die Gruppe der Philosophierenden bezeichnet, Anm. des Verf.] als ein Weg der Erziehung zur Staatsbürgerschaft betrachtet, in der Verhaltensweisen, Charaktereigenschaften und Tugenden eingeübt werden, die auf das staatsbürgerliche Leben vorbereiten“ (Glaser 2007, 155). In der Community of Inquiry gelten Respekt gegenüber Anderen, aktives Zuhören, Empathie, Fürsorge, Beachtung und Akzeptanz der pluralen Standpunkte. Dies alles fördere die Qualität des ethischen Umgangs zwischen den Menschen und sei entscheidend für die Entfaltung einer multikulturellen demokratischen Gesellschaft (vgl. ebd., 155).

Die Ergebnisse der wenigen empirischen Studien lassen jedoch entsprechendes Potenzial vermuten. So konnte beispielsweise Camhy nachweisen, dass Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen einen positiven Einfluss auf Schülervorstellungen über das Fremde hat (Camhy 2007).

Möge das eindruckliche Zitat von Garte B. Matthews zum Abschluss dieses Absatzes alle Leser zum Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen anregen: „Kinder mögen nicht die Informationen oder die sprachliche Versiertheit der erwachsenen Partner haben, aber ihre Vorstellungskraft, ihr Sinn für Rätsel-

haftes und Entdeckung, ihr unverdorbenen Sinn für Ungereimtheiten und Unpassendes, den Sinn aller Dinge zu erkennen, verschafft ihnen einen besonderen Vorteil. Wer nie Philosophie, richtige Philosophie, mit einem Kind oder einer Gruppe von Kindern betrieben hat, hat eine der schönsten Gaben, die das Leben zu bieten hat, verpasst. Ich schlage allen vor, diesem Mangel so schnell wie möglich abzuweichen.“ (Matthews 1994, 34).

Fazit

Der Erlass des neuen Gesamtkonzepts für Politische Bildung an bayerischen Schulen kann nur ein erster Schritt gewesen sein. Jetzt muss es in die Breite getragen werden durch das Aufzeigen von Möglichkeiten (Schulentwicklung, fächerübergreifender Unterricht, Lernen durch Engagement, Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen). Deshalb müssen Politische Bildung und Demokratiebildung in allen Phasen der Lehrerbildung verstärkt werden. In der ersten Phase der Lehramtsausbildung brauchen wir entsprechende verpflichtende Bestandteile für alle Studierenden, der Bereich „Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung“ während des Referendariats muss entsprechend dieser Ausrichtung neu konzipiert werden. Die Angebote in der Lehrerfortbildung zur Politischen Bildung als fächerübergreifendem Prinzip müssen ausgebaut werden. Denn es bleibt eine Grundvoraussetzung dafür, dass Politische Bildung als fächerübergreifendes Prinzip an den Schulen Bayerns mit Leben gefüllt wird: Politische Bildung braucht Begeisterung und Leidenschaft jeder einzelnen Lehrerin und jedes Lehrers. Dafür gilt es im nächsten Schritt zu werben. Und – das will noch einmal betont sein – es darf kein Argument dafür sein, das Fach Sozialkunde in der Stundentafel weiter zu marginalisieren. Politische Bildung als fächerübergreifendes Prinzip darf nicht gegen guten Politikunterricht gegengerechnet werden.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (o. J.): Vorlesung zur Einleitung in die Erkenntnistheorie. Universität Frankfurt/M. WS 1957/58. Frankfurt/M.
- Camhy, Daniela G. (2007): Kann das Philosophieren eine Strategie gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sein? In: Marsal, Eva u. a. (Hrsg.): Ethische Reflexionskompetenz im Grundschulalter. Konzepte des Philosophierens mit Kindern. Frankfurt/M., S. 131-144.
- Daurer, Doris (1999): Staunen – Zweifeln – Betroffensein. Philosophieren mit Kindern, Weinheim/Basel.
- Freese, Hans-Ludwig (2002): Kinder sind Philosophen. 2. Auflage, Weinheim/ Berlin.
- Frischmann, Bärbel (1998): Philosophieren mit Kindern. Theoretische Grundlagen, Konzepte, Defizite. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 46 (1998) 2, S. 319-334.
- Gebauer, Kerstin (2014): Deutschunterricht und Politikunterricht. In: Deichmann, Carl/Tischner, Christian K. (Hrsg.): Handbuch Fächerübergreifender Unterricht in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 139-150.
- Glaser, Jens (2007): Erziehung zu Staatsbürgerschaft und sozialer Gerechtigkeit. In: Marsal, Eva u. a. (Hrsg.): Ethische Reflexionskompetenz im Grundschulalter. Konzepte des Philosophierens mit Kindern. Frankfurt/M., S. 155-167.
- Gloe, Markus (2016): Musik als Medium des Widerstands und seine Verwendung im Sozialkundeunterricht. In: Reheis, Fritz u. a. (Hrsg.): Kompetenz zum Widerstand, Schwalbach/Ts., S. 203-211.
- Gloe, Markus (2017): Philosophieren mit Kindern als Beitrag zum Demokratielernen. In: Gloe, Markus/Oefering, Tonio (Hrsg.): Perspektiven auf Politikunterricht heute. Vom sozialwissenschaftlichen Sachunterricht bis zur Politiklehrausbildung. Festschrift für Hans-Werner Kuhn. Baden-Baden, S. 39-53.
- Gloe, Markus/Kuhn, Hans-Werner/Oefering, Tonio (Wissenschaftliche Gesamtleitung) (2014): Musik und Politik. 10 Bausteine für die schulische und außerschulische politische Bildung. Reihe „Themen und Materialien“, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Gloe, Markus/Miller, Julia (2018): Inklusion als Chance für Demokratielernen in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. In: Gloe, Markus/Rademacher, Helmolt (Hrsg.): Lehrer*innenbildung und Demokratiepädagogik. 6. Jahrbuch Demokratiepädagogik. Schwalbach/Ts. (im Erscheinen).
- ISB (Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München) (2017): Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen. München
- Koppers-Kupzog, Rita/Wenzel, Wolfram/Aichner, Rudolf (1988): Entdecken die Philosophen die Kinder? Systematische Betrachtungen zur Kinderphilosophie. In: Zeitschrift für Philosophische Forschung 42 (1988) 3, S. 465-469.
- Lange, Dirk (2004): Historisches Lernen als Dimension politischer Bildung. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts., S. 321-328.
- Langner, Frank/Sobotka, Gudrun (2014): Mathematikunterricht und Politikunterricht. In: Deichmann, Carl/Tischner, Christian K. (Hrsg.): Handbuch Fächerübergreifender Unterricht in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 209-224.
- Lipman, Matthew (1984): Über den philosophischen Stil von Kindern. In: Zeitschrift für Didaktik der Philosophie 6 (1984), S. 3-11.
- Matthews, Gareth B. (1994): Mit Kindern über die Welt nachdenken. In: Martens, Ekkehard/Schreier, Helmut (Hrsg.): Philosophieren mit Schulkindern. Philosophie und Ethik in Grundschule und Sekundarstufe I. Heinsberg, S. 25-34.
- Michalik, Kerstin (2015): Philosophieren im Sachunterricht. In: Kahlert, Joachim u. a. (Hrsg.): Handbuch Didaktik des Sachunterrichts. 2. Auflage. Bad Heilbrunn, S. 429-433.
- Sander, Wolfgang (2014): Fächerübergreifende politische Bildung – Ansätze und Perspektive. In: Deichmann, Carl/Tischner, Christian K. (Hrsg.): Handbuch Fächerübergreifender Unterricht in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 15-26
- Seifert, Anne/Zentner, Sandra/ Nagy, Franziska (2012): Praxisbuch Service-Learning. Lernen durch Engagement an Schulen. Weinheim.
- Seifert, Anne/Nagy, Franziska (2014): Demokratische Bildung im Unterricht. Schulische Engagement-Projekte und ihr Beitrag zu Demokratiekompetenz. Wiesbaden.
- Weber, Beate/Koch, Arne (2014): Naturwissenschaftlicher Unterricht und Politikunterricht. In: Deichmann, Carl/Tischner, Christian K. (Hrsg.): Handbuch Fächerübergreifender Unterricht in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 197-208.

DIALOGFORUM 1:

DEMOKRATIEERZIEHUNG IN ETHNISCH HETEROGENEN LERNGRUPPEN

Florian Burgmaier/Anna Klassen (beide ISB), Moderation: Dr. Ursula Weier (ISB)



„Was wäre, wenn von heute auf morgen alle Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund unsere Schule verlassen müssten?“ Diese Frage beantworteten die Kinder und Jugendlichen an der Mittelschule Zirndorf auf eine kreative Art und Weise im Rahmen eines Fotoprojektes.

Die Situation in Zirndorf ist kein Einzelfall. Tatsächlich ist die Spannweite beim Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auf regionaler, Schul- und Klassenebene in Bayern groß.



Fotoprojekt „Schule ohne Rassismus“
Quelle: Mittelschule Zirndorf

Über die letzten Jahre kamen sehr viele Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten nach Bayern. Die Zahlen zeigen jedoch, dass es auch schon in der Vergangenheit wiederholt Phasen hoher Zuwanderung gab. Seit langem macht die EU-Binnenmigration einen Großteil der Zuzüge aus. Heute verfügt an den allgemeinbildenden Schulen die Hälfte der jungen Menschen mit Migrationshintergrund über einen deutschen Pass.

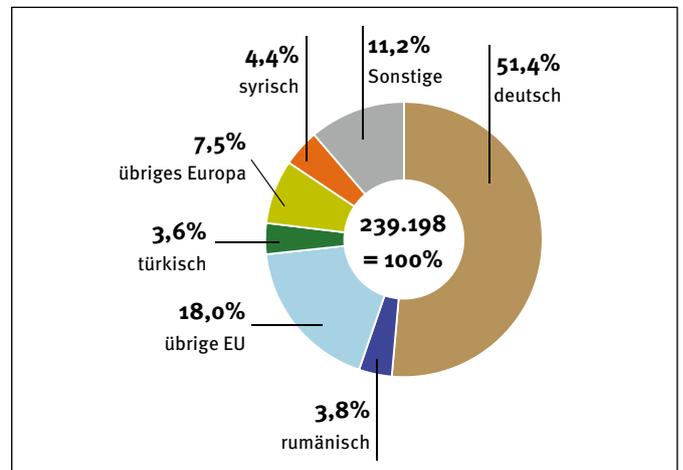


Abb. 1: Staatsangehörigkeiten der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im allgemeinbildenden Schulwesen im Schuljahr 2016/17
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

Die aus dem Ausland nach Bayern zugewanderten Kinder und Jugendlichen verteilen sich nicht gleichmäßig auf die Schularten (siehe Grafik S. 13).

Im beruflichen Schulwesen finden sich vor allem an Berufsschulen (19,4 %), Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung (22,6 %) und Berufsfachschulen des Gesundheitswesens (21,1 %) besonders viele junge Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Ziele der Demokratieerziehung gelten gleichermaßen für alle Schülerinnen und Schüler. Als eine im besonderen Maße handlungsorientierte Aufgabe setzt Demokratieerziehung eine intensive und respektvolle Interaktion in einer Gruppe voraus. In ethnisch heterogenen Lerngruppen können folgende Faktoren eine besondere Rolle spielen:

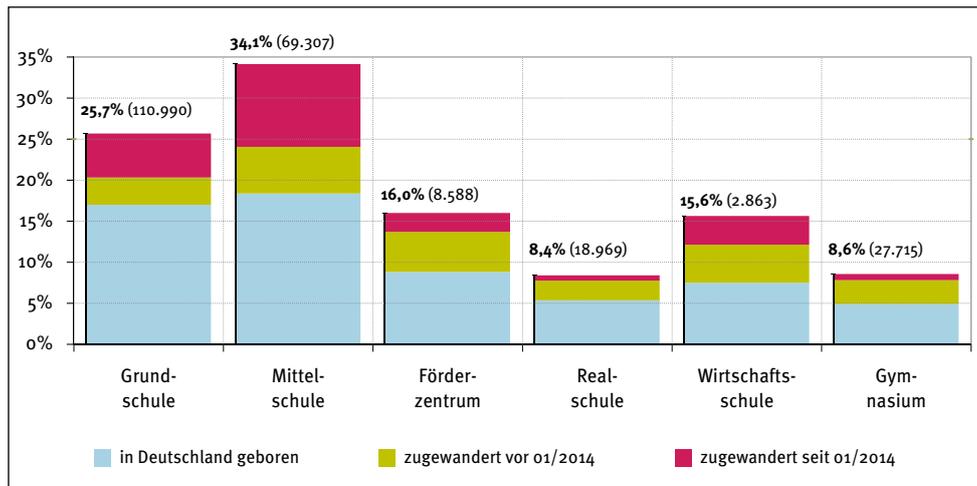


Abb. 2: Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund nach dem Zeitpunkt der Zuwanderung an den allgemeinbildenden Schularten im Schuljahr 2016/17

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik

Sprache

Die Möglichkeiten von Meinungspluralismus und Schülerpartizipation stehen in direkter Verbindung mit den sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler. Die Komplexität der eigenen Äußerungen kann zu unbeabsichtigten Missverständnissen führen und kommt beim Ausdruck der eigenen Meinung zum Tragen. Dabei garantiert die Sprachrichtigkeit nicht immer, dass die Erwartungen der Gesprächspartner bezüglich der Wortwahl und ihrer Wirkung erfüllt werden. Die Entscheidung zugunsten einer bestimmten sprachlichen Konstruktion oder eines Wortes wird oft in Anlehnung an die Muttersprache getroffen. Der Einsatz eines Imperativs kann zum Beispiel je nach Zielsprache als entschieden, unhöflich oder aggressiv wahrgenommen werden, der Gebrauch von „wir“ statt „man“ als überheblich oder übergriffig. Die Förderung der Sprachkompetenz in der deutschen Sprache sowie Reflexion über den eigenen Sprachgebrauch gewinnen im Kontext der Demokratieerziehung somit noch weiter an Bedeutung.

Mitgebrachte Erfahrungen und Selbstwahrnehmung

Demokratieerziehung bedeutet auch, dass das Bewusstsein für Mitbestimmungsrechte gefördert wird. Die aus der eigenen Kultur mitgebrachten sowie in Deutschland gesammelten Erfahrungen können sich auf die Bereitschaft auswirken, sein Mitbestimmungsrecht wahrzunehmen. In einer ethnisch heterogenen Lerngruppe sind der Abbau von eventuellen Ängsten und das Ermöglichen positiver Erfahrungen mit demokratischen Prozessen deshalb besonders wichtig. Die Entwicklung und Stärkung des Selbstbewusstseins sollte in dieser Hinsicht ebenfalls unterstützt werden.

Werte und kulturell bedingte Verhaltensnormen

Werteerziehung und die damit verknüpften Verhaltensnormen sind kulturell geprägt. Damit können unterschiedliche Vorstellungen und Haltungen verbunden sein, die unter anderem im Kontext der freien Meinungsäußerung und demokratischen Entscheidungsfindung eine Rolle spielen. Das Verständnis von Toleranz, Hierarchien und Geschlechterrollen können einen Meinungsaustausch fördern oder hemmen. Auch Faktoren wie Lautstärke oder Körpersprache sind zum Teil kulturell bedingt und wirken sich auf den Verlauf einer Diskussion aus. Klare Vereinbarungen bezüglich der für alle Beteiligten gültigen Gesprächsregeln sowie begleitende Reflexion über die Art der Meinungsäußerung und Gesprächsführung gehören daher zu wichtigen Instrumenten der Demokratieerziehung in der Schule.

Der individuelle migrationsbedingte, soziale, soziographische, sozioökonomische und kulturelle Hintergrund zeigt sich bei den Schülerinnen und Schülern in vielen Unterrichtssituationen – auch wenn es um Fragen zu politischen Themen oder demokratische Entscheidungsprozesse geht. Demokratieerziehung knüpft als fächerübergreifende Aufgabe an dieser Individualität und Vielfalt an. Dazu gehören wertfreie Informationen über Hintergründe, der Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede und die Unterstützung von persönlicher Reflexion, Diskussion und Meinungsfreiheit. Im Schulalltag ergeben sich viele Gelegenheiten dazu. Die Lehrkraft begleitet die Schülerinnen und Schüler dabei als Vorbild und Moderator: „Weniger Demokratie erklären, mehr demokratisch handeln.“

DIALOGFORUM 2:

POLITISCHE BILDUNG ALS BEITRAG ZUR PRÄVENTION VON RADIKALISMUS

Serpil Dursun (Ufuq e.V.)/Philipp Beyer (Staatl. Realschule Würzburg II),
Moderation: Stefan Grabrucker (ISB)



Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht derzeit von etwa 10.000 Angehörigen der demokratie- und freiheitsfeindlichen Salafistenszene in Deutschland aus, gleichzeitig finden sich in der Kriminalitätsstatistik mehr als 20.000 rechtsextremistische Straftaten, Tendenz steigend. Welchen Beitrag können Politische Bildung und Demokratieerziehung an den Schulen leisten, um zur Prävention von Radikalismus beizutragen? Mit welchen Inhalten und Methoden kann an den Schulen einer möglichen Radikalisierung Jugendlicher begegnet werden?

Im Dialogforum informierten Serpil Dursun und Philipp Beyer über Präventionsstrategien und die Verankerung des Themas in der Lehrerausbildung und entwickelten gemeinsam mit den Teilnehmenden Ideen für konkretes Handeln im Schulalltag. Serpil Dursun ist Lehrerin für das Gymnasium mit den Fächern Englisch, Geschichte, Ethik, Türkisch und Deutsch als Fremdsprache. Sie arbeitet derzeit bei ufuq.de, einer Fachstelle zur Prävention religiös begründeter Radikalisierung in Bayern, und ist dort auch Ansprechpartnerin für Schulen. Philipp Beyer ist Zentraler Fachleiter für Sozialkunde und für Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung an Realschulen und in dieser Funktion u. a. verantwortlich für die Planung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Seminar- und Betreuungslehrkräfte. Er unterrichtet an der Wolfskeel-Realschule in Würzburg.

Für die salafistische Radikalisierung gibt es mehrere Erklärungsansätze, die einerseits den Aspekt der Jugendkultur und des Generationenkonflikts betonen, der weitgehend unabhängig von der Religion ein Phänomen der Dekulturalisierung beschreibt, die aber andererseits auch eine Radikalisierung religiöser Traditionen aufzeigen. In der Praxis ist festzustellen, dass vor allem Jugendliche auf Identitätssuche, auf der Suche nach Gemeinschaft und nach Antworten auf die Herausforderung der Verknüpfung von Religion und Leben in Deutschland gefährdet sind. Dabei suchen diese jungen Menschen Antworten auf ihre Fragen eher online, in den sozialen Netzwerken, als offline, z. B. in der Schule.

Trotzdem ist es sinnvoll und zielführend, im Verdachtsfall das Gespräch zu führen und eine Bindung zu der betroffenen Schülerin bzw. dem betroffenen Schüler aufzubauen, indem man etwa an andere Lebensbereiche anknüpft, für die sich die bzw. der Jugendliche interessiert, beispielsweise Mode oder Reisen. Eine Diskussion über einzelne Aspekte des Islam oder die korrekte Auslegung des Korans ist hingegen wenig förderlich und führt häufig zu einem Kommunikationsabbruch, da es den meisten Lehrkräften in dieser Frage an Authentizität mangelt.

Ein Teil der Jugend, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, ist durch die Freiheiten der Demokratie verunsichert, ist auf der Suche nach einem Platz in der Gesellschaft und deshalb anfällig für salafistische Prediger oder extremistische Positionen und vermeintliche Ansätze einer einfachen und leicht verständlichen Welterklärung. Während Antworten in Moscheen oder Schulen oftmals komplex sind, vermögen es religiöse oder politische Extremisten, durch ihre eigene Biographie, durch ihre Nähe zur Lebensrealität der Jugendlichen, durch ihr Auftreten und ihre Sprache den Bedürfnissen vieler Jugendlicher nachzukommen. Salafismus, aber auch die NS-Ideologie bieten – vor allem auch für junge Frauen – klare Rollenbilder an, die eine gefühlte Überforderung durch unterschiedliche gesellschaftliche Erwartungen auflösen. Gerade viele muslimische Jugendliche erfahren im Alltag Diskriminierung und begegnen vielfältigen Vorurteilen, so dass die freiheitliche Demokratie oftmals mit negativen Erfahrungen verknüpft wird. Viele Heranwachsende verfügen außerdem über einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und empfinden soziale Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft oder zwischen Staaten als zu überwindende Herausforderung. Auch diese gefühlten Ungerechtigkeiten können für manche Jugendliche ein Grund sein, sich Gruppierungen und Weltanschauungen zuzuwenden, die einfache Erklärungen und Heilsversprechen anbieten.

In der Prävention von Radikalisierung kommt es entscheidend darauf an, Hilfsangebote wahr- und Diskriminierungserfahrungen und Ungerechtigkeitsempfinden Jugendlicher ernst zu nehmen. Nur wenn die Diversität der Gesellschaft sichtbar und Religion als Ressource begriffen wird, kann eine Bindung zu gefährdeten Jugendlichen aufgebaut werden. Dabei geht es vor allem darum, keine „Wir“ und „Die“-Diskurse zu führen, sondern statt auf Belehrung auf konkrete Angebote zu setzen und die eigene Perspektive immer wieder in Frage zu stellen. Eine Reduzierung eines Menschen auf die Religion oder Weltanschauung ist wenig zielführend, ganz im Gegenteil brauchen Jugendliche Raum für Fragen und Zuwendung sowie Signale der Anerkennung.

Für die schulische Praxis mit „ganz normalen“ Jugendlichen im Vorfeld einer Ideologisierung bedeutet das konkret, dass Lehrkräfte in der Lage sein müssen, entsprechende Entwicklun-

gen Jugendlicher zu erkennen und einzuordnen, z. B. Symbole, Begriffe, Kleidung, Ernährungsgewohnheiten, Sprache und Musik. Handeln setzt eine Kenntnis des rechtlichen Rahmens und eine Reflexion der eigenen Rolle als Vorbild voraus, aber auch ein Bewusstsein für die eigene Begrenztheit, die es erlaubt bzw. sogar erfordert, Hilfe zu holen, etwa bei Schulleitung, Schulpsychologinnen und -psychologen, den Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz oder außerschulischen Einrichtungen wie ufuq.de. Die Möglichkeiten der Wertevermittlung an den Schulen müssen konsequent genutzt werden, wozu auch Freiräume in der Unterrichtsgestaltung notwendig sind. Schülerinnen und Schüler brauchen regelmäßige Signale der Wertschät-

zung und der Anerkennung, um Schule zu einem lebenswerten Ort zu machen.

Demokratieerziehung bedeutet u. a., Jugendliche an der Gestaltung von Schule zu beteiligen, um sie in ihren Vorstellungen und Haltungen ernst zu nehmen. Prävention von Radikalisierung ist Aufgabe aller Fächer, Politische Bildung muss die Komplexität von Demokratie als Gewinn betonen bzw. darf Jugendlichen Demokratie nicht „predigen“, sondern muss diese erfahr- und erlebbar machen, um die positiven Seiten einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung aufzuzeigen.

DIALOGFORUM 3:

DEMOKRATIEERZIEHUNG IN DIGITALEN MEDIENWELTEN

Dr. Michael Schröder (Akademie für Politische Bildung Tutzing),

Moderation: Dr. Vera Haldenwang (ISB)



Die digitale Transformation der Gesellschaft ist in vollem Gange und macht auch nicht vor Medien und dem politischen System halt: Politische Kommunikation und Willensbildung verändern sich. Medienbildung und Politische Bildung wachsen zusammen. In digitalen Zeiten werden Medien mehr und mehr personalisiert. Das Internet kann einer Fragmentierung der Öffentlichkeit und einer

medialen Klassengesellschaft Vorschub leisten. Ein mediales Prekariat droht zu entstehen. Politische Bildung im Sinn von Medienkompetenzförderung kann und muss hier ansetzen und gegensteuern. Medienkompetenz kommt eine Schlüsselrolle als Demokratiekompetenz zu. Gefragt sind neues medienkundliches Wissen, neue Fähigkeiten im Umgang mit digitalen Medien, medienkritisches Denken und medienpolitische Urteilsbildung.

Die Digitalisierung hat zu einer Fragmentierung der Medienlandschaft und des Publikums geführt. Wir haben es mit einem qualitativ neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit zu tun. Unsere Zeit ist gekennzeichnet durch den Aufstieg sozialer Medien und den Bedeutungsverlust journalistischer Medien. Professioneller Journalismus hat seine Bedeutung als „Schleusenwärter“ (Gatekeeper) im Nachrichtenstrom verloren. Insbesondere bei Jugendlichen hat sich das Gewicht der meinungsbildenden Medien zu fast 50 Prozent hin zu nicht-journalistischen Quellen im Internet

verlagert¹. Mittelfristig schwächt das die politische Informiertheit und Diskursfähigkeit der Bevölkerung.

Medienkompetenz ist kein neues, sondern ein klassisches, traditionelles Ziel Politischer Bildung in der Mediendemokratie. Dazu gehörten immer schon: ein Verständnis für die Rolle moderner Massenmedien als Transmissionsriemen der politischen Willensbildung zwischen dem Staat (Parlament und Regierung) und der Bevölkerung; die Fähigkeit zur kritischen Analyse des Verhältnisses von Politik und Medien; die Fähigkeit, Medien zur Informationsgewinnung und zu politischer Meinungsbildung einzusetzen; die Fähigkeit, Medien für die eigene politische Partizipation und zur Interessenartikulation einzusetzen.

Demokratieerziehung muss die Janusköpfigkeit der digitalen Online-Welten offenlegen: Einerseits gibt es wie nie zuvor global verfügbare Information aus unzähligen Quellen. Das Netz eröffnet zahllose neue Möglichkeiten und Formen der politischen Kommunikation. Andererseits quillt das Netz über vor Fake News, Hate Speech, Shit Storms, Cyber-Mobbing, Lügen und Propaganda. Heute ist Medienkompetenzförderung deshalb die nötige Gegenstrategie gegen Echokammern und Filterblasen, in denen Nutzer nur noch Inhalte wahrnehmen, die ihren Einstellungen entsprechen.

Fächerübergreifende Politische Bildung muss die Bedeutung von Künstlicher Intelligenz, Algorithmen, social bots und Big Data für die Qualität politischer Kommunikation und ihre Bedeutung für die Meinungs- und Willensbildung im demokratischen Staat in den Blick nehmen. Die Herausforderungen durch die Digitalisierung dürfen in der Schule nicht mit einer einseitig technikorien-

¹ Medienkonvergenzmonitor/Mediengewichtungsstudie 2017, online unter: https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/die_medienanstalten/Themen/Forschung/Medienkonvergenzmonitor/DLM_MediengewichtungsStudie.pdf (letzter Aufruf am 8. Februar 2018)

tierten Ausrichtung behandelt werden. Demgegenüber sind für Politische Bildung vor allem die drängenden gesellschaftlichen Probleme in Folge der Digitalisierung und die mit ihnen verbundenen politischen Risiken und Herausforderungen von Interesse. Dringend erforderlich ist eine kritisch-reflexive Distanz zum Thema. Für die Einordnung und kritische Bewertung von netzbasierten Informationen bedarf es mehr denn je eines strukturierten politischen Grund- und Orientierungswissens.

Herausforderungen²

für die Demokratie: Fragmentierung der Öffentlichkeit, Förderung von Populismus, illiberalen Demokratievorstellungen und Extremismus.

für Sicherheit: Cyberwar und Cybercrime.

für die Infrastruktur: (Versorgungs- und Verkehrsnetze, Gesundheitssystem) durch eine unausgereifte und angreifbare Technologie.

für die Marktwirtschaft: Machtkonzentration bei intransparenten multinationalen Internetkonzernen, die sich Schlupflöcher für den nationalen Datenschutz suchen (z. B. Irland).

für Freiheit und Selbstbestimmung: Überwachung, Entprivatisierung und Verhaltenssteuerung für zivilisatorische Standards: Enttabuisierung und Vernetzung antisozialer, gewaltaffiner Milieus.

für Bildung: drohender Verlust des kulturellen Gedächtnisses wegen unzureichender Speichermedien, Verminderung der Lesefähigkeit.

Linktipps und Hinweise zu Methoden und Materialien

<http://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/medienpaedagogik/241357/materialien-fuer-die-jugendarbeit>

<http://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/medienpaedagogik/258199/spezial-zum-thema-social-bots>

Verwendete und weiterführende Literatur

Wolfgang Schweiger: Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern, Berlin 2017.
Stefan Russ-Mohl: Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde. Warum die Digitalisierung unsere Demokratie gefährdet, Köln 2017.

WANDERAUSSTELLUNG:

VEREHRT – VERFOLGT – VERGESSEN

OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS BEIM FC BAYERN MÜNCHEN

Andreas Wittner (Archivar des FC Bayern München)

Die Wanderausstellung der FC Bayern Erlebniswelt ist in Kooperation mit der Evangelischen Versöhnungskirche der KZ-Gedenkstätte Dachau entstanden. Im Mittelpunkt stehen 56 Vereinsmitglieder, die aus religiösen oder politischen Gründen fliehen mussten oder deportiert wurden. Ihr Weg wird auf einer Weltkarte dargestellt. Neun Biographien, darunter die der Ehrenpräsidenten Kurt Landauer und Siegfried Herrmann, werden ausführlich beleuchtet. Sichtbar wird dabei auch die Rolle, die der FC Bayern zu dieser Zeit eingenommen hat. Andreas Wittner, Archivar des FC Bayern München, führte in die Ausstellung ein und stellte exemplarisch einige Biographien vor. Die Ausstellung kann von interessierten Schulen sowie anderen Einrichtungen und Institutionen ausgeliehen werden (Anfragen bitte an info@fcb-erlebniswelt.de).



² Zitiert nach Wolfgang Sander: Das gesellschaftliche Problemfeld „Digitalisierung“ als Aufgabe der politischen Bildung in Schulen, online unter: <http://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/medienpaedagogik/258639/das-gesellschaftliche-problemfeld-digitalisierung-als-aufgabe-der-politischen-bildung-in-schulen> (letzter Aufruf am 8. Februar 2018).

DIALOGFORUM 4:

POLITISCHE BILDUNG – SCHON IMMER EIN BESTANDTEIL DES MODERNEN FREMDSPRACHENUNTERRICHTS

Wolfgang Judenmann (Stellv. Schulleiter am Gymnasium der Regensburger Domspatzen und bpv-Landesvorsitzender Moderne Fremdsprachen), Moderation: Claudius Weber (ISB)



Inwieweit ist der Fremdsprachenunterricht Mittler von Politischer Bildung? Macht er dies ohnehin schon durch die Lehrplan- und Lehrbuchinhalte? Müssen die Lehrkräfte besser geschult werden, um aktuelle politische Inhalte in ihren laufenden Unterricht integrieren zu können? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, traf sich eine kleine Runde in diesem Dialogforum, bei dem neben dem Referenten und dem Moderator ISB-Referentinnen für Fremdsprachen anwesend waren.

Im Vortrag von Herrn Judenmann ging es v. a. um die zentrale These, dass nämlich die modernen Fremdsprachen sowohl durch den Lehrplan als auch die einschlägigen Lehrwerke sehr gut zur Politischen Bildung von Schülerinnen und Schülern beitragen können. Untermauert wurde diese Behauptung anhand zahlreicher Beispiele aus genannten Quellen, die für den täglichen Unterricht eine recht umfangreiche Materialsammlung bieten. Wenn es nun der Lehrkraft gelingt, diese grundlegenden Informationen noch mit aktuellen Beispielen zu ergänzen und dabei die digitalen Medien (Nachrichten-Apps, Filme etc.) einzusetzen, so können Schülerinnen und Schüler schon früh für Politik „begeistert“ werden. Exemplarisch wurde dies anhand einer Rede Obamas verdeutlicht, die sich – mit entsprechenden Arbeitsaufträgen – in einem zugelassenen Lehrwerk findet. Diese kann nun mit Reden anderer Präsidenten, auch anderer Länder, verglichen werden. Auf diese Weise kann nicht nur die politische, sondern auch die sprachliche Bildung gefördert werden. Man sieht also, dass gut aufbereitetes Material bereits vorhanden ist, das dann bei Bedarf durch aktuelles, authentisches Material ergänzt werden kann.

Der Referent vertritt die Meinung, dass Jugendliche entgegen der landläufigen Meinung durchaus politisches Interesse zeigen,

gerade wenn es um aktuelle Themen geht. Der Brexit, die deutsch-französische Freundschaft oder die Katalonien-Frage sind nur einige wenige Beispiele für aktuelle politische Fragen, die im Fremdsprachenunterricht behandelt werden können, was einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler für politische Strömungen darstellen kann.

In der anschließenden Diskussion kristallisierten sich v. a. zwei Aspekte heraus: Zum einen sind Fremdsprachen nach einheitlicher Meinung fester Bestandteil in der Vermittlung Politischer Bildung. Projekte wie Austausch, Deutsch-Französischer Tag, die Deutsch-Französischen Beziehungen allgemein etc. haben politischen Charakter und vermitteln den Jugendlichen Einblicke in eine andere Kultur und (politische) Gesellschaft. Interkulturelle Kompetenz, Meinungsaustausch und Toleranz gegenüber anderen Menschen bzw. Nationen sind immanenter Bestandteil des Unterrichts in der Fremdsprache. Zum anderen aber kann der Fremdsprachen-Unterricht nicht den Sozialkunde-Unterricht ersetzen, indem er zum festen Träger Politischer Bildung wird; er kann ihn allenfalls ergänzen. An diesem Punkt entwickelte sich eine Diskussion darüber, in welcher Intensität die Fremdsprachen-Lehrkraft tätig werden soll. Auf der einen Seite steht die Meinung, dass mehr oder minder in jeder Unterrichtsstunde politische Aspekte behandelt werden (sollten), auf der anderen die Vorstellung, dass der Sprachenunterricht in erster Linie Hör-, Lese- und Sprechfertigkeiten vermitteln soll, ohne dass dies ausdrücklich in einem politischen Kontext stattfindet. Ob und inwieweit der Unterricht in den modernen Fremdsprachen Politische Bildung zum Inhalt hat/haben soll, hängt nicht zuletzt auch von der Bedeutung ab, die diese für die jeweilige Lehrkraft selbst hat. Dabei erscheint es sinnvoll, mehr als bisher die Kooperation mit den Sozialkunde- bzw. Geschichtslehrkräften zu suchen.

Sieht man Politische Bildung als Wissen (Systeme, Theorien, Organe etc.) an, das die Schülerinnen und Schüler lernen sollen, dann fällt das eindeutig in den Bereich der Fächer Geschichte und Sozialkunde. Fasst man den Begriff weiter, kann und muss der Unterricht in den modernen Sprachen Einblicke in das politisch-gesellschaftliche Leben des jeweilig anderen Landes geben, und dies auch und gerade anhand aktueller Beispiele.

DIALOGFORUM 5:

DEMOKRATIEERZIEHUNG – HERAUSFORDERUNG FÜR DEN MINT-UNTERRICHT

Dr. Andrea Bernatowicz (ISB), Moderation: Philipp Hankel/Michael Reisinger (beide ISB)



Politische Bildung wird im Unterricht der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) häufig nur als ein Randaspekt wahrgenommen. Zu vermitteln, dass gerade hier auch große Potenziale vorhanden sind, war ein wesentliches Anliegen des Dialogforums.

Dr. Andrea Bernatowicz verdeutlichte in ihrem Impuls-

vortrag zu Beginn der Veranstaltung, dass zwischen naturwissenschaftlicher Theorieentwicklung und dem (technologischen) Fortschritt einer Gesellschaft große Wechselwirkungen bestünden. Diese gelte es für die Schülerinnen und Schüler transparent zu machen, indem entsprechende Fragestellungen im Unterricht thematisiert werden (z. B. Ist der naturwissenschaftliche und technische Fortschritt mit dem auf Humanität, Gerechtigkeit und Demokratie beruhenden Selbstverständnis der Gesellschaft vereinbar? Wer entscheidet, was naturwissenschaftlich/technisch möglich gemacht werden kann bzw. möglich gemacht wird?). Dabei könne der naturwissenschaftliche Weg der Erkenntnisgewinnung hilfreich sein und für den politischen Diskurs nutzbar gemacht werden, denn naturwissenschaftliche Bildung wecke nicht nur Neugierde und Interesse, sondern fördere insbesondere auch Problemlöse-, Reflexions- und Kooperationsfähigkeit – Kompetenzen, die für die aktive gesellschaftliche Teilhabe unverzichtbar seien.

Im Anschluss an den Impulsvortrag diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausführlich über die Verantwortung der MINT-Fächer für die Demokratieerziehung sowie über konkrete didaktische und methodische Konsequenzen. Die Ergebnisse können hier nur stark gekürzt wiedergegeben werden:

Dass auch die MINT-Fächer einen wichtigen Beitrag zur Demokratieerziehung zu leisten vermögen, ist im LehrplanPLUS verankert. Sowohl die verschiedenen Fachprofile als auch die konkreten Kompetenzerwartungen der Fachlehrpläne weisen vielfältige Bezüge zu gesellschaftlich relevanten und zum Teil auch kontrovers diskutierten Themen auf. Im MINT-Unterricht,

so eine der drei wesentlichen Botschaften des Dialogforums, sollten solche Themen gezielt aufgegriffen und diskutiert werden. Dabei können Themen wie beispielsweise die Nutzung der Kernkraft unterschiedliche Bewertungen erfahren. Die objektive naturwissenschaftliche Vorgehensweise stellt dabei keinen Widerspruch zum gesellschaftlichen Diskurs dar; vielmehr seien gerade Pluralismus und der konstruktive Umgang damit ein wichtiges Merkmal demokratischer Gesellschaften. Fächer wie Informatik und Mathematik könnten einerseits als „Tool“ für die Informationsbewertung – zum Beispiel hinsichtlich des Aspektes Datenqualität – herangezogen werden. Andererseits könnten die MINT-Fächer auch direkt Themen wie Social Media, Energiegewinnung, Genetik, Digitalisierung und Klimawandel behandeln und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft untersuchen.

In methodischer Hinsicht wird die Bedeutsamkeit kooperativer Methoden betont und darüber hinaus vorgeschlagen, naturwissenschaftliche Themen auch mit ausgewählten Forscherbiographien zu verbinden, um die Relevanz des gesellschaftlichen und zeitgeschichtlichen Kontextes zu verdeutlichen. Zudem sollten die Schülerinnen und Schülern für die Unterscheidung von Wahrnehmung und Interpretation der Wirklichkeit sensibilisiert werden. Eine weitere Botschaft des Dialogforums ist, als wesentliches Ziel des MINT-Unterrichts die Befähigung zu einem Diskurs, der auf rationaler Urteilsfähigkeit beruht, anzustreben. In diesem Zusammenhang werden die bereits bestehenden Angebote wie „Biologie im Kontext“, „Chemie im Kontext“, das Planspiel „Energetingen“, die „MINT21-Datenbank“ sowie „Gen-Ethik“ als Beispiele für eine gelungene Umsetzung des fächerübergreifenden Unterrichtsziels „Politische Bildung“ im MINT-Unterricht genannt. Die Etablierung einer beiderseitigen Feedbackkultur zwischen Lehrenden und Lernenden sowie ein demokratischer Unterrichtsstil sollten die Bemühungen flankieren.

Die dritte Botschaft des Dialogforums besteht in der gemeinsamen Ansicht, dass der Serviceteil des LehrplanPLUS ein vorzügliches Instrument darstellt, den Beitrag der MINT-Fächer zur Politischen Bildung mittels entsprechender Lernaufgaben und – insbesondere auch fächerübergreifenden – Materialien zu konkretisieren (z. B. in der Form von Plan- und Rollenspielen, Materialien zum Debattieren, Projektideen).

DIALOGFORUM 6:

PARTIZIPATION ALS ELEMENT DER DEMOKRATIEERZIEHUNG UND ALS QUALITÄTSMERKMAL EINER ZUKUNFTSORIENTIERTEN SCHULENTWICKLUNG

Prof. Dr. Eva-Maria Lankes/Dr. Franz Huber (beide ISB), Moderation: Michael Schefcsik (ISB)



Input: Dr. Franz Huber (Grundsatzabteilung)

Politische Bildung ist ein zentrales Instrument der Normen- und Werteerziehung in der Schule. Schülerinnen und Schüler brauchen Wissen über Politik, ihre Institutionen und Entscheidungsstrukturen, sie brauchen Kenntnisse darüber, wie man politisch Einfluss nehmen kann, und die Fähigkeit, dies auch zu tun, und sie brauchen jene Haltungen, ohne die ein auf Gerechtigkeit, Fairness, Toleranz und Solidarität aufgebautes Gemeinwesen nicht funktionieren kann.

Übereinstimmend werden diese Kompetenzen in den Verlautbarungen der Kultusministerkonferenz zur Stärkung der Demokratieerziehung wie des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus im Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen gefordert. Die Vermittlung dieser Kompetenzen und Werte muss bereits im Kindesalter beginnen und sich in der weiteren Schulbildung in allen Schulfächern fortsetzen. Die gelebte „eigenverantwortliche Schule“ basiert in hohem Maße auf Partizipation und aktiver, gestalterischer Teilhabe.

Schulentwicklung ist die Selbstorganisation einer Schule durch die in ihr tätigen Personen und dafür ist die Einbeziehung der gesamten Gemeinschaft an einer Schule unverzichtbar. Selbstbestimmung und Selbstwirksamkeit haben einen starken Einfluss auf die Motivation und die Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen. Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte müssen die Erfahrung machen können, „dass es von ihnen selbst abhängt, wie Bildungsprozesse gestaltet werden und zu welchen Ergebnissen sie führen“ (Ryan und Deci, 2010). Schulentwicklung ist also selbst ein partizipativer Prozess und ein bedeutendes Qualitätsmerkmal von selbstbestimmter Schule.

Input: Prof. Dr. Eva-Maria Lankes (Qualitätsagentur)

Die Schule vermittelt und lebt die Prinzipien einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dazu gehören Meinungsfreiheit, Formen der Mitbestimmung und Übernahme von Verantwortung für die Gemeinschaft. Was bedeutet das aber für die konkrete Arbeit an unseren Schulen? Wie werden solche Prinzipien im schulischen Alltag sichtbar? Im aktuellen bayeri-

schen Qualitätstableau, an dem sich unter anderem die externe Evaluation orientiert, gibt es Qualitätskriterien, die diese Prinzipien abbilden. Beim Kriterium *Intensität der Mitwirkung* etwa geht es um die Frage, inwieweit die Beteiligten auf die schulischen Prozesse Einfluss nehmen können. Zentrale Bedeutung hat hier die Abstimmung von Prozessen und Entwicklungen mit den Beteiligten der Schulgemeinschaft. Die Gestaltung der Schule, die Organisation des Schulbetriebs und die Gestaltung des Zusammenlebens aller Mitglieder der Schulfamilie werden in den Fokus genommen. Im neuen, weiterentwickelten Qualitätsrahmen, der gerade erarbeitet wird, ist der Demokratieerziehung eine noch stärkere Bedeutung eingeräumt. Ein eigenes Modul Persönlichkeitsentwicklung – Demokratieerziehung bildet die Partizipation der Mitglieder der Schulgemeinschaft auf verschiedenen Ebenen ab. Formen der Mitbestimmung und aktiven Mitgestaltung im schulischen Alltag, die Förderung der Übernahme von Verantwortung und das Schaffen von Gelegenheiten zur kompromissbereiten und toleranten Meinungsbildung werden qualitätsrelevante und bewertbare Aspekte des neuen Tableaus sein.

Workshop: Michael Schefcsik (Qualitätsagentur)

Wie steht es um die Möglichkeiten der Partizipation an den Schulen und wie werden sie konkret wahrgenommen? Um diese Fragen zu klären wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in eine bestimmte Rolle versetzt und mit einem konkreten Arbeitsauftrag versehen. Sie sollten als Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Schulleitung und Elternschaft die gegebenen Möglichkeiten der Teilhabe an Schulentwicklungsprozessen erörtern, aber auch eine mögliche und wünschenswerte Ausweitung der Partizipation im schulischen Alltag diskutieren.

Die Grundvoraussetzungen für die Teilhabe aller Gruppen sind zweifelsohne gegeben und im Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) verbindlich festgelegt. Lehrerkonferenz, Schülermitverantwortung, Elternvertretung, Schulforum und weitere Einrichtungen sind institutionalisierte Mitbestimmungsorgane des schulischen Lebens. Es gibt also keinen Mangel an entsprechenden Gremien. Es stellt sich aber die Frage nach der tatsächlichen, ernst gemeinten und gelebten Partizipation der verschiedenen Gruppen. Diese reicht von einer „Pseudomitbestimmung“ bei Nebensächlichkeiten bis zur intensiven, partnerschaftlichen Mitwirkung und Mitgestaltung der schulischen Prozesse, auch der Unterrichtsgestaltung. Nur durch Letzteres können eine gemeinsame Verantwortlichkeit, eine Corporate Identity und eine zielgerichtete und nachhaltige Schulentwicklung erreicht werden. Ein Motto könnte also sein: vorhandene Strukturen nutzen, stärken und ausbauen und, bildlich gesprochen, mit offenem Ohr und ausgestreckter Hand aufeinander zugehen.

DIALOGFORUM 7:

WELCHE WERTE VERBINDEN WIR MIT DEMOKRATIE?

Julia Blum-Linke (Akademie Kinder philosophieren, Wertebündnis),
Moderation: Claudia Reichmann (ISB)



Meinungsfreiheit, Mitbeteiligung, gleiches Recht für alle: Welche Werte verbinden wir mit „Demokratie“? Meinen wir alle dasselbe, wenn wir von „Verantwortung“ oder „Gerechtigkeit“ sprechen? Das Trainerteam der Akademie Kinder philosophieren unter Leitung von Julia Blum-Linke bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, die Methode des Philosophierens mit Kindern und Jugendlichen näher kennenzulernen, zu reflektieren und anschließend auch über deren konkreten Beitrag zur Politischen Bildung zu diskutieren.

Im Zentrum des philosophischen Gesprächs stehen immer Fragen, die sich mit dem Verhältnis zu sich selbst, zu anderen Menschen oder zur Welt beschäftigen. Philosophieren ist daher nicht nur ein menschliches Grundbedürfnis, sondern auch eine Kulturtechnik, die selbst Kinder schon erlernen können. Für den Start ins Philosophieren braucht es nicht viel: einen Sitzkreis, die Verständigung auf einige grundlegende Regeln wie ein wertschätzendes aktives Zuhören und Diskretion sowie einen kleinen Gesprächsball, der die Moderation unterstützt und gleichzeitig die Aufmerksamkeit der Gruppe auf den jeweiligen Sprecher und dessen Gedanken lenkt.

Im Dialogforum setzte ein Kinderbuch zunächst einen ersten Impuls, um miteinander ins Gespräch zu kommen: Die Tiere sollten wie üblich den Löwen zu ihrem König wählen, doch zum ersten Mal ließ sich die Maus als Gegenkandidat aufstellen. Das führte zu vielen unglaublichen Konsequenzen für den Wahlkampf, die Wahl und letztendlich auch das alltägliche Leben aller Tiere – damit war dann die inhaltliche Verbindung zum Thema des Dialogforums hergestellt.

In einem weiteren Schritt konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diejenigen Begriffe nennen und kurz erläutern, die ihnen im Kontext von Politik bzw. der Politischen Bildung wichtig sind. Genannt wurden unter anderem Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Sicherheit. Eine Auswahl dieser Themen wurde dann auf Moderationskarten notiert und in einem gemeinsamen Bewertungsprozess priorisiert. Als zentraler Begriff des philosophischen Gesprächs kristallisierte sich letztlich die Verantwortung heraus.

Dimensionen des sich anschließenden Diskurses waren beispielsweise die Verantwortung für sich, für andere, für die Demokratie, weiterhin unterschiedliche Formen von Verantwortung bzw. auch von Verpflichtung, die zum Teil auch von einzelnen Lebensphasen abhängig sind, wie die Verantwortung für Kinder oder für pflegebedürftige Angehörige.

Beeindruckend war für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass das Gespräch durch Methodik und Art der Moderation sehr entschleunigt wirkte und der geschützte Raum des Philosophierens schnell auch Platz für private Einschätzungen und Sichtweisen ermöglichte.

Welche Chancen bietet die Methode des Philosophierens mit Kindern und Jugendlichen nun aber unabhängig von den konkreten Erfahrungen des Dialogforums aus pädagogischer Sicht?

- ◆ *Sprachliche und kommunikative Fähigkeiten:* Die Kinder lernen sich klar und verständlich auszudrücken, um ihre Gedanken anderen präzise mitteilen zu können. Der Austausch mit anderen fördert zudem folgerichtiges Denken und logisches Argumentieren.
- ◆ *Eigenständiges und kritisches Denken:* Das philosophische Gespräch verlangt danach, eigene Standpunkte zu entwickeln, diese zu begründen und auch im Dialog mit anderen zu hinterfragen. Gleiches gilt auch für die Überprüfung der Argumentation anderer und damit die Entwicklung einer kritischen Haltung, die weniger anfällig gegenüber allen Formen dogmatischen Denkens ist.
- ◆ *Selbstreflexion und Offenheit:* Im Gespräch miteinander stehen das Wahrnehmen, Reflektieren und Weiterdenken von eigenen und fremden Positionen im Mittelpunkt, das notwendigerweise auch mit Toleranz und Offenheit einhergehen muss.
- ◆ *Urteilsfähigkeit und ethische Reflexionsfähigkeit:* Philosophieren über ethische Fragen bietet Kindern und Jugendlichen Orientierungshilfe. Durch altersgemäße Beispiele können verschiedene Sichtweisen und Handlungsalternativen aufgezeigt, in ihren Konsequenzen durchdacht und bewertet werden. Damit leistet die Methode einen wesentlichen Beitrag zur Wertebildung.
- ◆ *Partizipation und Demokratieverständnis:* Das Philosophieren schult Gesprächsfähigkeit, Toleranz und Kompromissbereitschaft von Kindern und Jugendlichen und ist deshalb eine wichtige Voraussetzung, um sich in einer sich stets wandelnden Welt immer wieder aufs Neue zu orientieren und sich an politischen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Damit steht das philosophische Gespräch auch im Einklang mit den Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses und damit den Grundsätzen Politischer Bildung an Schulen.

DIALOGFORUM 8:

ANGEBOTE DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN MEDIEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG

Anja Schäfer (BR), Moderation: Corinna Storm (ISB)



Medienbildung ist ein wichtiger Aspekt der Politischen Bildung, denn die Förderung der Medienbildung geht u. a. einher mit der Ausbildung von Orientierungs- und Urteils-kompetenz, aber auch mit Werteorientierung und Verantwortungs-bewusstsein. In den Lehrplänen aller Schularten ist deshalb Medienbildung für alle Jahrgangsstufen verbindlich berücksichtigt und, ebenso wie die Politische Bildung,

Auftrag aller Fächer. Auch erhalten Schulen bei der Umsetzung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags vielfältige Unterstützung durch externe Partner. So zeigen sich z. B. auch die öffentlich-rechtlichen Medien darum bemüht, Lehrkräften in ihrem Erziehungsauftrag umfangreiche Unterstützung zu bieten, und stellen hierfür verschiedene Angebote bereit. Das ISB hat mit dem Bayerischen Rundfunk einen wichtigen Kooperationspartner gewonnen, der eine Vielzahl interessanter medienbildender Produkte für den Unterricht, aber auch für die Lehrerfortbildung anbietet. In diesem Dialogforum stellte die Redakteurin Anja Schäfer beispielhaft zwei aktuelle Produkte aus ihrer Redaktion „Lernen und Wissenslab“ vor, die den Lehrerinnen und Lehrern kostenlos online zur Verfügung stehen.

So wird z. B. eine Lernplattform namens „so geht Medien“ (www.so-geht-medien.de) vom BR federführend für ARD, ZDF und Deutschlandradio produziert. Das Angebot umfasst hier Videos, Audios, interaktive Karten und Texte sowie Quizspiele und hat sich zum Ziel gesetzt, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte bei der Stärkung ihrer Medienkompetenz zu unterstützen. Die Zielgruppe von „so geht Medien“ sind Schülerinnen und Schüler aller Schularten in der Altersgruppe zwischen 14 und 16 Jahren. Anhand verschiedener Themenbereiche wie z. B. „Fake News erkennen“, „Meinungen und Nachrichten unterscheiden“ oder „Entstehung von Nachrichten“ erhalten die Jugendlichen wichtige kognitive Kenntnisse im Umgang mit den Medien. Zu den angebotenen Themenbereichen liegen auch passende Unterrichtsmaterialien zum Download bereit, die je nach Bedarf im Fachunterricht sowie in Vertretungsstunden Verwendung finden können.

Das Projekt „RESPEKT“ (www.br.de/respekt) versteht sich dagegen als multimediales Angebot zur Wertebildung und Förderung des Demokratieverständnisses und richtet sich v. a. an junge Menschen ab ca. 16 Jahren. Die angebotenen Materialien befinden sich momentan noch im Aufbau, erste Videos zum Download, die sich vorwiegend mit Vorurteilen gegenüber gesellschaftlichen

Gruppen, wie z. B. Geflüchteten, Juden oder Muslimen, befassen, stehen auf der Webseite des BR dagegen schon zur Verfügung. Derzeit entstehen weitere Filme à 30 Minuten, in denen u. a. Themen wie „Die europäische Idee“, „Nicht-Wähler“, „Religion und Demokratie“, „Demokratie im Alltag“ oder „Meinungsfreiheit“ behandelt werden. Diese Filme werden in ARD-alpha sonntags um 19:30 Uhr ausgestrahlt. Sie sind so konzipiert, dass sie auch für den Unterrichtseinsatz als geeignet gelten können. Der modulare Aufbau der einzelnen Filme ermöglicht es der Lehrkraft dabei, auch nur einzelne Sequenzen im Unterricht zu verwenden. Zusätzlich dazu werden im Rahmen des ISB-Arbeitskreises „Demokratieerziehung“ zu einzelnen Filmmodulen noch Unterrichtsmaterialien erstellt, die sowohl auf der „Respekt-Seite“ des BR als auch im „Demokratielernen“-Portal zur Verfügung gestellt werden (Das Portal befindet sich derzeit noch im Aufbau und wird voraussichtlich ab dem Schuljahr 2018/19 unter www.demokratielernen.bayern.de abrufbar sein).

Die im Dialogforum anwesenden Kolleginnen und Kollegen begrüßten das Angebot des BR und sahen es als eine sinnvolle Ergänzungsmöglichkeit für einen medienbildenden Unterricht im Rahmen der Politischen Bildung an. In der angeregten Diskussion über die Einsatzmöglichkeiten der Produkte im Unterricht zeichnete sich ab, dass sich beide Formate grundsätzlich für den Unterricht eignen würden und auf verschiedenen Ebenen einsetzbar erscheinen. Allerdings wurde deutlich, dass eine verantwortungsvolle Lehrkraft immer vorab die Materialien prüfen und den Bedürfnissen ihres Unterrichts anpassen müsse. Die Konzeption der Filme ermögliche dabei nicht nur die inhaltliche Vermittlung verschiedener Themenbereiche, sondern gebe u. a. auch Anlass für verschiedene Formen der Medienbildung. So könnte man z. B. Filmanalysen in eine Unterrichtseinheit integrieren.

Deutlich wurde im Forum vor allem, dass die vorgestellten Beispiele zeigten, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit mit externen Partnern sei, denn hier lägen viele Ressourcen, die Lehrkräfte unterstützen und auch entlasten könnten. Somit wurde auch der Wunsch nach einem verstärkten Austausch zwischen den externen Partnern und dem ISB als Multiplikator für die Schulen geäußert. Ein regelmäßiger Austausch sei für beide Seiten gewinnbringend, da man sich gegenseitig unterstützen und einander zuarbeiten könnte, z. B. im Bereich der Urheber- und Nutzungsrechte. Um die vom BR und ISB zur Verfügung gestellten Produkte aber auch gewinnbringend an den Schulen zum Einsatz kommen zu lassen, müssten die Schulen über ein gleiches Niveau hinsichtlich ihrer Medienausstattung verfügen. Ebenso unerlässlich erschien den Anwesenden die Rolle der Lehrkräfte, die entsprechend geschult sein müssten, um Medienerziehung im Rahmen der Politischen Bildung kompetent in ihrem jeweiligen Unterricht durchführen zu können.

MODERiertes PODIUM: ZUKUNFTSAUFGABE POLITISCHE BILDUNG

Gäste: MR Peter Kammler (StMUK), Prof. Dr. Ursula Münch (Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing), Dr. Harald Parigger (Direktor der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit)

Moderation: Dr. Karin E. Oechslein



In der Diskussion betonten die Podiumsgäste übereinstimmend die zentrale Bedeutung, die die Politische Bildung an den Schulen für die Heranwachsenden selbst, aber auch für die Gesellschaft hat. Der Schule und ihren externen Kooperationspartnern im Bereich der außerschulischen Politischen Bildung kommt die wichtige Aufgabe zu, den jungen Menschen die Werte des freiheitlichen Rechtsstaates so nahezubringen, dass sie sich mit ihnen identifizieren können und wollen. Zu einer zukunftsorientierten Politischen Bildung gehören aus Sicht der Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer neben der Demokratieerziehung auch ein fundiertes Faktenwissen und gelebte Demokratie.

Auch wenn es mancherorts noch Berührungängste hinsichtlich einer stärkeren Partizipation der Schülerinnen und Schüler gibt, ist es trotzdem wichtig, weitere Möglichkeiten der Teilhabe zu schaffen. Für die Kinder und Jugendlichen bedeutet das nicht nur die Artikulation eigener Interessen und das Werben für ihre Positionen, sondern auch die Gelegenheit, sich gemeinsam mit anderen für die eigenen Interessen einzusetzen. Es ist Aufgabe der Kollegien und Schulleitungen, sich darauf zu verständigen, in welchen Bereichen sie stärkere Partizipation ermöglichen können und in welchen Bereichen dies wenig sinnvoll erscheint. Wünschenswert ist dabei aber, diese Diskussionen und Überlegungen transparent und somit auch zum Unterrichtsthema zu machen.

Da die Kollegien an den Schulen ein großes Spektrum an Expertise bereitstellen, erging der eindringliche Appell der Podiumsgäste dahin, diese auch zu nutzen. So könnte insbesondere der Fachunterricht, z. B. in den MINT-Fächern, einen wichtigen Beitrag zur Politischen Bildung liefern, indem aktuell gesellschaftspolitische Diskussionen unter Beachtung des Beutelsbacher Konsenses in das Zentrum des Unterrichts gerückt würden. Dort, wo Kolleginnen und Kollegen das Gefühl hätten, ihnen fehle es an speziellem Fachwissen im Rahmen der Politischen Bildung, sollten sie sich nicht scheuen, die Experten, also die

Sozialkundelehrkräfte, um Rat zu fragen. Gerade der LehrplanPLUS biete hier die Chance, im Rahmen der verschiedenen fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungsziele (FÜZ) und der Kompetenzausrichtung ganz neue Impulse zu setzen und die Anliegen der Politischen Bildung stärker in Unterricht und Schulkultur aufzunehmen und mit weiteren FÜZ wie z. B. sprachliche Bildung und Medienbildung/Digitalisierung zu verknüpfen. Auch biete der LehrplanPLUS die Chance, neue Wege zu beschreiten und während der Implementierungsphase Politische Bildung als Unterrichtsprinzip zu verankern. Natürlich sei auch innerhalb der Lehreraus- und Lehrerfortbildung an der einen und anderen Stelle noch nachzusteuern. So sei es z. B. wichtig, in den Studienseminaren zu Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung noch stärker die Bedeutung von Politischer Bildung als Unterrichtsprinzip herauszuheben. Das Gesamtkonzept für Politische Bildung müsse dringend beachtet werden, denn hier seien wichtige Anregungen und Beispiele für die Praxis enthalten – und zwar auf sämtlichen Ebenen der Schule.

Herausgestellt wurde die wichtige Vorbildfunktion der Lehrkräfte. Insbesondere als Beamtinnen und Beamte verträten sie immer auch den staatlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag und seien somit quasi Botschafter der freiheitlich-demokratischen Grundlagen. Damit würde eine besondere Haltung von den Lehrkräften abverlangt. Gemeinsamer Identifikationsrahmen für alle sei die Verfassung mit den ihr eigenen Werten.

Abschließend stellten die Podiumsgäste heraus, dass es nicht darum gehe, das Rad neu zu erfinden, sondern es wichtig sei, dass Kollegien sich gegenseitig unterstützten und besser vernetzten und gemeinsam für mehr Politische Bildung an den Schulen einträten. Dabei sei auch die Expertise außerschulischer Kooperationspartner wie sie z. B. durch die Akademie für Politische Bildung oder die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gestellt werde, zu nutzen. Wichtig sei es, möglichst früh mit einer wirkungsvollen Aufklärungsarbeit zu beginnen. In unserer pluralistischen Gesellschaft sei das Leben z. B. eng mit dem Toleranzbegriff verbunden. Wer also in diesem Staat lebt, der verpflichte sich quasi durch die Verfassung zur Toleranz. Es sei die große Aufgabe aller an Bildung Beteiligten, den Kindern und Jugendlichen unsere Verfassungswerte beizubringen, dazu gehöre es z. B. auch, zur Toleranz innerhalb der Religionen und zwischen den Religionen aufzurufen und zu erziehen. Konzepte und Angebote der Politischen Bildung müssten so konzipiert sein, dass sie alle Bildungsgänge erreichen. Dazu sei auch die Vernetzung der außerschulischen Kooperationspartner mit den staatlichen Bildungsträgern wichtig, so dass nicht nur für die Schulen Konzepte entstünden, sondern auch für die Lehrerfortbildung.

Willkommen und Abschied

Dr. Karin E. Oechslein

Viele Abschiede und Begrüßungen am ISB sind im Folgenden zu nennen – zunächst zu den Abschieden, wobei es hier ein paar „Schwergewichte“ gab, die lange im Haus gearbeitet und sich um das ISB wahrhaft verdient gemacht haben.

An erster Stelle steht hier der Abschied von **OStD Arnulf Zöller**, dem Leiter der Grundsatzabteilung und Stellvertretenden Direktor des ISB, von dem wir uns am 19. März offiziell in großer Runde verabschiedet haben. Als nochmaligen Dank darf ich Worte aus meiner Abschiedsrede zitieren: „Lieber Arnulf, das ISB verliert mit Deinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst einen engagierten und ideenreichen Unterstützer. Geschickt hast Du Dich eingebracht und vor allem Deine Grundsatzabteilung weiterentwickelt. Viele hast Du gefördert. Mich hast Du, als ich noch neu war, beraten und ebenfalls unterstützt, dafür danke ich Dir. Du hast Dich um das ISB verdient gemacht. Ich darf Dir nun persönlich wie auch als Direktorin des ISB ganz, ganz herzlich für Deine engagierte Arbeit danken, die Du hier in den letzten 33 Jahren geleistet hast. Ich wünsche Dir und Deiner Frau noch viele glückliche und erfüllte Jahre – ganz gleich, ob in Bayern oder in der weiten Welt (China?). Und vor allem Gesundheit, das ist das Wichtigste. Ich bin überzeugt, wir sehen uns wieder bei vielen Gelegenheiten. – Nachdem Du die Ruhestandsbescheinigung bereits von Herrn Denneborg bekommen hast, darf ich Dir nun etwas Besonderes überreichen. Es ist der ISB-Anstecker, den verdiente Persönlichkeiten des ISB erhalten, Deiner aber hat noch einen Lorbeerkrans darum. Nochmals alles Gute und Gottes Segen für die kommenden Jahre.“

Auch in der Abteilung Gymnasium hat uns ein „Großer“ in Richtung Pensionierung verlassen. Abteilungsleiter **OStD Jörg Eyraier** ist im Herbst 2017 nach sehr verdienstvollen Jahren am ISB in die Freistellungsphase gegangen. In der Monatsinfo heißt es: „Er hat bereits zwei Mal das ISB bereichert. Als Referent, bevor er Schulleiter in Donauwörth wurde, und dann als Leiter der Gymnasialabteilung. Unter seiner Führung entstand der LehrplanPLUS für das Gymnasium, der jetzt noch um ein weiteres Schuljahr ergänzt werden wird. Aber die Grundideen sind ihm und seinem Team zu verdanken. Viele weitere Felder wie Abiturerstellung, Handreichungen und das Portal Gymnasium 2020 sind während seiner Zeit entstanden und werden von den Kolleginnen an den Gymnasien sehr gerne angenommen. Wir verlieren nur ungern einen geschätzten Kollegen, der mit seinem Humor, seiner Freundlichkeit und seinem Charme das ISB bereichert hat. So darf ich ihm in unser aller Namen von Herzen für sein Wirken danken und ihm für den neuen Lebensabschnitt alles erdenklich Gute und vor allem Gesundheit wünschen!“

In den Ruhestand getreten ist **Hermann Ruch**, über viele Jahre in der Grundsatzabteilung schulartübergreifend für Leseförderung und Schulbibliotheken zuständig. Sein Name und sein Wirken werden in Erinnerung bleiben. Ich schrieb in sein Abschiedsbuch: „Dennoch ist es mir Bedürfnis und Freude zugleich, Sie mit Worten des Dankes in den wohlverdienten Ruhestand zu verabschieden. Wir kennen uns schon lange und immer habe ich Sie wegen Ihres reichen Wissensschatzes bewundert.“

Aus der Gymnasialabteilung hat sich, neben weiteren Kolleginnen und Kollegen, **Petra Reinold** (inzwischen Dr. Reinold, herzlichen Glückwunsch) in Richtung neuer Aufgaben aufgemacht. Frau Reinold war lange Zeit am ISB tätig und bewährte Stellvertreterin des Abteilungsleiters. Dies gilt ebenso für **Jutta Bremhorst** aus der Abteilung Berufliche Schulen. Und auch in der Abteilung Grund-, Mittel- und Förderschulen ist jemand gegangen, der fast nicht wegzudenken war. **Ulrike Pyka** wurde Schulrätin, was hochverdient war nach vielen erfolgreichen Jahren am ISB. Alles Gute wünschen wir ihr und ihren Kolleginnen und Kollegen, die sich ebenfalls beruflich verändert haben. Zudem hat die geplante Behördenverlagerung der Qualitätsagentur nach Gunzenhausen ihre Spuren hinterlassen. Nur ungern haben wir insbesondere **Florian Bäuerle** und **Didier Vaccaro** gehen lassen. Beide werden uns nach vielen Jahren ISB/QA nicht nur durch ihre wertvolle Arbeit, sondern auch durch ihre Beiträge auf den verschiedenen ISB-Feiern in Erinnerung bleiben.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die das ISB verlassen haben, danke ich herzlich für ihre Arbeit und ihre Verdienste und wünsche ihnen für die Zukunft und alle weiteren Herausforderungen alles Gute!

Aber es ist typisch für das ISB, dass es einen ständigen Wechsel, ein ständiges Kommen und Gehen gibt. Das liefert auch neue Ideen und Impulse, für die wir als ISB bekannt sind.

Nachfolger in der Leitung der Grundsatzabteilung wurde **OStD Gerhard Maier**, zuvor Direktor des Christoph-Scheiner-Gymnasiums in Ingolstadt. Seine Expertise aus seiner Zeit am Ministerium sowie in der Schul- und Qualitätsentwicklung ist eine gute Voraussetzung, die Abteilung weiter voranzubringen. Wichtig ist mir dabei die Feststellung, dass das ISB alle Schularten vertritt und dass, wer eine Leitungsfunktion hier im Hause übernimmt, alle Schularten im Blick haben muss, so wie es auch unser LehrplanPLUS vorsieht, auf Übergänge und beste Zusammenarbeit achtend. Und dies gilt vor allem für die Leitung der Grundsatzabteilung. Viel Erfolg für ihn!

Außerdem konnte ich **OStDin Anette Kreim**, bisher Schulleiterin des Klenze-Gymnasiums, als neue Leiterin der Gymnasialabteilung begrüßen. Ich wünsche ihr viel Erfolg und ein glückliches Händchen bei der Erfüllung der zahlreichen Herausforderungen, die auf die Gymnasialabteilung zukommen. Unserer Unterstützung kann sie sich dabei gewiss sein.

Ein herzliches Willkommen geht auch an alle weiteren neuen Kolleginnen und Kollegen, die seit April letzten Jahres am ISB ihren Dienst angetreten haben! Eine kleine Nebenbemerkung zum Schluss: Viele Wechsel sind in letzter Zeit auch durch den „Babyboom“ am ISB entstanden. Wir gratulieren allen Mamas und Papas herzlich zum Nachwuchs und wünschen den neuen Erdenbürgern alles erdenklich Gute!

Auf Wiedersehen ...

Jörg Eyraier
Abt. *Gymnasium*

Abteilungsleiter



Arnulf Zöller
Grundsatzabteilung

Abteilungsleiter und
Stellv. Direktor



ABSCHIED

Grundsatzabteilung

Muhittin Arslan
Uta Englisch
Julia Kaufhold
Hermann Ruch
Ruth Wallner
Sonja Wunderlich
Arnulf Zöller

Abt. Gymnasium

Dr. Bernhard Brunner
Jörg Eyraier
Dr. Michael Germ
Carmen Jung
Christine Pichler
Petra Reinold
Johanna Schlagbauer

Abt. Grund-, Mittel- und Förderschulen

Ulrike Pyka
Stefan Schlögel
Ronja Stadler
Caterina Steigenberger
Claudia Urban
Yvonne Zimmermann

Abt. Berufliche Schulen

Jutta Bremhorst
Christa Funk-Loheit
Sabine Loritz-Endter
Lucia Saal
Andreas Streinz

Abt. Realschule

Andreas Noll M. A.
Magnus Ortinger

Qualitätsagentur

Florian Bäuerle
Saskia Gritsch
Didier Vaccaro
Martina Weiß



Das ISB trauert um

StD Sebastian Eisele,

der am 11. April 2018 nach längerer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Herr Eisele war seit 2010 Referent für das Fach Evangelische Religionslehre in der Abteilung Gymnasium und für längere Zeit Mitglied des Personalrats.

Wir werden ihn vermissen und uns dankbar an ihn erinnern.

Herzlich willkommen ...

Grundsatzabteilung

Gerhard Maier

Abteilungsleiter



Miriam Baumgart

Ganztag/Serviceagentur



Susanne Doblinger

*Wiss. Begleitungen, Evaluationen
und empirische Erhebungen*



Tobias Garske

Medienbildung



Thomas Kolb

*Erasmus+ Schulbildung,
eTwinning*



Simon Leicht

Medienbildung



Andrea Neubauer

Schulberatung in Bayern

Christina Neugebauer

*Leseförderung,
Schulbibliotheken, Dialekte*



Claudia Oertel

Ganztag/Serviceagentur



Stefanie Pistor

Ganztag/Serviceagentur



Sebastian Rettig

Medienbildung

Nina Ruisinger M. A.

*Leseförderung,
Schulbibliotheken, Dialekte*



Tina Wefers

Medienbildung



Katrin Weigert

Ganztag/Serviceagentur



Abteilung Grund-, Mittel- und Förderschulen

Isabella Fischer

*Musische Fächer,
Ethik (Grundschule)*



Sybille Maiwald

*Deutsch als Zweitsprache
(Grundschule)*



Isabell Niedermeier

*Förderschwerpunkt
Geistige Entwicklung*



Evelin Uehlein

*Heimat- und Sach-
unterricht (Grundschule)*

Abteilung Realschule

Dr. Barbara Hank

Chemie, Mathematik



Ariane Sailer M. A.

Englisch



Abteilung Gymnasium

Anette Kreim

Abteilungsleiterin



Gerwald Heckmann

Seminarausbildung



Ernst Hollweck

*Biologie, Chemie,
Natur und Technik*



Sandra Kerscher

DELTAplus



Dr. Elisabeth Kolb

Französisch



Dr. Monika Müller

Geschichte



Abteilung Berufliche Schulen

Cornelia Bayer

Fremdsprachen

Maria Anna Hartinger

Kaufmännische Bildung

Martina Hoffmann

*Deutsch, Sozialkunde
Berufssprache Deutsch*

Anke Spatz

Berufssprache Deutsch



Zentrale Dienste

Sabrina Wagner

Personalwesen

Qualitätsagentur

Uta Gascho

*Externe und interne
Evaluation der Einzelschule*

Angelika Helfer

*Vorzimmer und
Sekretariat*

Dr. Stefanie Hetzner

*Merkmale von Schulqualität
und ihre empirische Erfassung*



Dr. Tobias Linberg

*Merkmale von Schulqualität
und ihre empirische Erfassung*



Impressum

Herausgeber:

Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung
Schellingstraße 155
80797 München
Tel.: 089 2170-2101
Fax: 089 2170-2105
Internet: www.isb.bayern.de

Redaktion:

Susanne Grupp-Robl, ISB

Satz:

PrePress-salumae.com

